



Vorlage an den Landrat**betreffend Budget 2008**

vom 18. September 2007

Gemäss § 32 des Finanzhaushaltsgesetzes¹ legt der Regierungsrat das Budget für das Haushaltsjahr 2008 vor. Dem Voranschlag ist der Finanzplan² für die Jahre 2008 – 2011 beigelegt.

INHALTSVERZEICHNIS

1	ÜBERSICHT UND WERTUNG	3
1.1	GESAMTÜBERSICHT	3
1.2	WÜRDIGUNG	4
2	RAHMENBEDINGUNGEN	5
2.1	VOLKSWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	5
2.2	FINANZLAGE DES BUNDES	6
2.3	FINANZLAGE DER BASELBIETER GEMEINDEN	6
3	WICHTIGE NEUERUNGEN IM VORANSCHLAG 2008	8
3.1	NEUER FINANZAUSGLEICH (NFA)	8
3.2	NATIONALSTRASSEN NORDWESTSCHWEIZ AG (NSNW AG)	10
3.3	UNTERNEHMENSSTEUERREFORM	10
3.4	EINFÜHRUNG VON GLOBALBUDGETS IN DEN SPITALBETRIEBEN	11
3.5	RHEINHÄFEN BEIDER BASEL NEU ALS ÖFFENTLICH-RECHTLICHE ANSTALT	12
4	DEFIZITBREMSE	13
5	DETAILS ZUM VORANSCHLAG 2008	13
5.1	VOLLSTELLENERHEBUNG	13
5.2	LAUFENDER AUFWAND NACH KONTOGRUPPEN	15
5.3	LAUFENDER ERTRAG NACH KONTOGRUPPEN	18
6	INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT	21
6.1	BEDEUTUNG	21
6.2	LEISTUNGSUSTAUSCH MIT BASEL-STADT	21
6.3	BERICHTERSTATTUNG ZUM BUDGET VON GEMEINSAMEN TRÄGERSCHAFTEN	22
7	INVESTITIONSRECHNUNG	24
7.1	INVESTITIONSNIVEAU	24

¹ SGS 310

² § 31 Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310)

	2
7.2 INVESTITIONSBUDGET 2008	25
8 FINANZIERUNGSSALDO UND VERSCHULDUNG	27
9 FINANZPLAN 2008 – 2011	27
10 GEÄNDERTE LEISTUNGSaufTRÄGE.....	29
11 ANTRÄGE.....	31
A ANHANG	32
A.1 ENTWICKLUNG STAATSHAUSHALT UND KENNZAHLEN	32
A.1.1 ENTWICKLUNG STAATSHAUSHALT.....	32
A. 1.2 WEITERE FINANZKENNZAHLEN	35
A.2 GLOSSAR	37
A.3 GRAPHIK ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN LAUFENDER RECHNUNG, INVESTITIONSRECHNUNG, FINANZIERUNGSRECHNUNG UND BILANZ.....	40

TABELLENVERZEICHNIS:

<i>Tabelle 1: Übersicht über den Voranschlag 2008.</i>	3
<i>Tabelle 2: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.</i>	6
<i>Tabelle 3: Wiederkehrende Auswirkungen der NFA auf die Laufende Rechnung 2008.</i>	9
<i>Tabelle 4: Entwicklung der Vollstellen.</i>	14
<i>Tabelle 5: Laufender Aufwand nach Kontogruppen.</i>	15
<i>Tabelle 6: Laufender Ertrag nach Kontogruppen.</i>	18
<i>Tabelle 7: Steuererträge gegliedert nach Arten.</i>	19
<i>Tabelle 8: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.</i>	22
<i>Tabelle 9: Investitionen im weiteren Sinne.</i>	24
<i>Tabelle 10: Überblick über die wichtigsten Investitionsprojekte (Investitionsausg. in Mio. Fr).</i>	26
<i>Tabelle 11: Prognose der wirtschaftlichen Eckdaten für die Finanzplanperiode.</i>	28
<i>Tabelle 12: Finanzplan 2008-2011.</i>	29
<i>Tabelle 13: Finanzkennzahlen.</i>	35
<i>Tabelle 14: Definition Finanzkennzahlen.</i>	36

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

<i>Abbildung 1: Zentralisierungsgrad der Ausgaben (2004).</i>	7
<i>Abbildung 2: Aufwandentwicklung der Einwohnergemeinden und des Kantons.....</i>	8
<i>Abbildung 3: Kompensationseffekt Unternehmenssteuerreform Bsp. Ertragssteuer</i>	11
<i>Abbildung 4: Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter. .</i>	25
<i>Abbildung 5: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen für die Budgetjahre 2007/2008. ...</i>	26
<i>Abbildung 6: Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad.</i>	32
<i>Abbildung 7: Entwicklung Saldo der Laufenden Rechnung und Wirtschaftswachstum.....</i>	33
<i>Abbildung 8: Entwicklung Finanzierungssaldo.</i>	33
<i>Abbildung 9: Entwicklung Eigenkapital.</i>	34
<i>Abbildung 10: Entwicklung Nettoinvestitionen.....</i>	34

1 Übersicht und Wertung

1.1 Gesamtübersicht

Mit einem Ertragsüberschuss von 3 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung 2008 wird erneut ein ausgeglichenes Budget vorgelegt. Das Budget 2008 trägt zur weiteren Konsolidierung des Finanzhaushalts und zum mittelfristigen Haushaltsausgleich bei.

Das erfreuliche Gesamtergebnis ist auf die grosse Budgetdisziplin aller Organisationseinheiten sowie auf die günstige wirtschaftliche Entwicklung und auf Sondereffekte zurückzuführen. Der laufende Aufwand wächst mit 2.6% deutlich langsamer als die Wirtschaft, was sich in einer sinkenden Staatsquote niederschlägt. Der laufende Ertrag steigt gegenüber dem Vorjahresbudget um 81 Mio. Mio. Franken oder 3.1%. Der Ertragsüberschuss führt zu einer gegenüber dem Vorjahr um 7 Mio. Franken höheren Selbstfinanzierung.

Table 1: Übersicht über den Voranschlag 2008.

in Mio. Fr.	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Abweichung vom Vorjahr	
Laufende Rechnung					
Aufwand	2'663.6	2'620.7	2'689.7	69.0	2.6%
Ertrag	2'684.7	2'611.7	2'692.4	80.7	3.1%
Saldo Laufende Rechnung	21.0	-9.0	2.7	11.7	
Investitionsrechnung					
Ausgaben	189.6	246.1	226.0	-20.1	-8.2%
Einnahmen	100.3	130.0	96.2	-33.9	-26.0%
Nettoinvestitionen	-89.4	-116.1	-129.9	-13.8	
Selbstfinanzierung	137.6	92.8	99.5	6.7	7.2%
Finanzierungssaldo	48.3	-23.3	-30.4	-7.1	30.7%
Selbstfinanzierungsgrad (%)	154.0	79.9	76.6	-3.4	-4.2%

Gegenüber dem Vorjahr steigen die Nettoinvestitionen um 14 Mio. Franken auf 130 Mio. Franken an. Die gegenüber dem Vorjahr tieferen Bruttoinvestitionen liegen immer noch weit über dem langjährigen Durchschnitt.

Die höheren Nettoinvestitionen führen zu einem im Vorjahresvergleich leicht tieferen Selbstfinanzierungsgrad. Die Zielgrösse, wonach der Selbstfinanzierungsgrad im mehrjährigen Durchschnitt mindestens 75% erreichen soll wird erfüllt: Für die Periode 2005-2008 beträgt der Durchschnitt des Selbstfinanzierungsgrades rund 140%. Das Budget 2008 führt zu einer Neuverschuldung (Finanzierungssaldo) von 30 Mio. Franken. Das Eigenkapital wird per Ende 2008 179 Mio. Franken betragen.

Im Anhang wird die Entwicklung des Staatshaushaltes anhand der wichtigsten Kennzahlen grafisch aufgezeigt. Ebenfalls im Anhang befindet sich ein Glossar mit den Definitionen der wichtigsten Begriffe.

1.2 Würdigung

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat erneut einen ausgeglichenen Voranschlag mit einer schwarzen „Null“. Der Finanzplan zeigt auf, dass die Entspannung des Finanzhaushalts in den kommenden Jahren eine Fortsetzung findet (vgl. Kapitel 9). Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Finanzplan keinen eigentlichen „Businessplan“ darstellt, der Massnahmen zur Steuerung der Finanzlage enthält. Der Finanzplan zeigt die unbeeinflusste Finanzentwicklung, wenn alle angemeldeten und geplanten Vorhaben realisiert werden. Der Regierungsrat ist gewillt, die Ausgabendisziplin aufrechtzuerhalten, so dass die prognostizierten Defizite vermieden werden können.

Der Voranschlag 2008 steht am Anfang der neuen Legislaturperiode und präzisiert die Ausgaben und Vorhaben des ersten Jahres des Regierungsprogrammes 2008-2011. Mit der Gesetzesrevision zur Entlastung der Familien (bereits auf 2007 in Kraft getreten) und mit der Reform der Unternehmenssteuern trägt der Voranschlag 2008 zu einer höheren Attraktivität des Kantons Basellandschaft als Wohn- und Wirtschaftsraum bei. Der Finanzplan zeigt, dass die weiteren geplanten Steuerentlastungen aufgrund der Unternehmenssteuerreform II des Bundes, Revision der Vermögenssteuer und der Erbschafts- und Schenkungssteuer (unter besonderer Berücksichtigung der Besteuerung von Konkubinats- und Pflegekindern) im Finanzhaushalt verkraftet werden können.

Im Voranschlag 2008 wird die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton (NFA) umgesetzt. Die Einführung der NFA wirkt sich in der laufenden Rechnung mit einer Entlastung von 2 Mio. Franken aus. Die ursprünglich erwartete Mehrbelastung durch die NFA ist nicht eingetreten, da der zu leistende Ressourcenausgleich weniger hoch als erwartet ausfällt.

Der Voranschlag 2008 steht auch im Zeichen der Nachhaltigkeit. Das Finanzergebnis ist nicht zuletzt die Folge der konsequenten nachhaltigen Finanzpolitik der vergangenen Jahre, welche den sachpolitischen Bedürfnissen genauso Rechnung trägt wie den Anforderungen an eine stabilitätsorientierte Steuerung des Finanzhaushalts. Dank den Entlastungen aus der Generellen Aufgabenüberprüfung und der günstigen Wirtschaftsentwicklung konnte das strukturelle Defizit beseitigt und finanzieller Spielraum für Massnahmen zur Stärkung der Standortattraktivität des Kantons geschaffen werden.

Die Verbesserung der Standortattraktivität erfordert Investitionen. Das Universitätskinderspital beider Basel ist im Bau und soll 2010 eröffnet werden. Der Bau der H2, als wichtige Verkehrsachse zur Erreichbarkeit des Oberbaselbietes, ist in Angriff genommen worden. Der Neubau des Kantonsspitals Bruderholz, die Umsetzung der KVG-Reform, die interkantonalen Harmonisierung der Volksschule (HARMOS) und die Übernahme der Sekundarschulbauten stellen wichtige strategische Projekte dar, welche in den kommenden Jahren zu bewältigen sind. Für alle strategischen Projekte gelten die Zielsetzungen der Qualitätssicherung und –verbesserung und der Kostenoptimierung.

Der Voranschlag 2008 ist auch geprägt von Reformen der Führungsinstrumente der Verwaltung. Im Zuge der Einführung einer neuen Software für das Finanz-, Rechnungs- und Personalwesen (auf 1.1.2010) werden das Rechnungswesen, das Controlling und das Personalwesen weiterentwickelt. Die Spitalbetriebe werden ab 2008 zum ersten Mal mittels Globalbudget geführt. Mit der Fusion der Rheinhäfen werden gleiche Aufgaben in einem Unternehmen konzentriert. Zur Gewährleistung des Unterhalts bei den Nationalstrassen wird eine Aktiengesellschaft gegründet. In allen Fällen soll die grössere unternehmerische Freiheit zu Effizienzsteigerungen führen.

In Zeiten entspannter öffentlicher Finanzen besteht die Gefahr, dass zusätzlichen Wünschen leichtfertiger entsprochen wird und dass das Ausgabenniveau so erhöht wird, dass der Finanzhaushalt bei einer Abschwächung der Konjunktur rasch in strukturelle Defizite abgleitet. Zur besseren Bewältigung dieser Herausforderung ist geplant die vom Landrat bereits beschlossene Defizitbremse, welche das Gleichgewicht von Ausgaben und Einnahmen sicherstellt, auf das Budget 2009 in Kraft zu setzen (die Annahme in der Volksabstimmung vorausgesetzt).

2 Rahmenbedingungen

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Wachstumsperspektiven der Schweizer Wirtschaft haben sich in den letzten Monaten zum wiederholten Mal verbessert. Für das Jahr 2007 wird ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 2.5% (2006: +2.7%) erwartet. Dieses liegt um 0.7 Prozentpunkte über dem Wachstum zum Zeitpunkt der Budgetierung für das laufende Jahr. Vor allem die dynamische Konjunktur im Euroraum, namentlich in Deutschland gibt Anlass zu dieser optimistischen Prognose.

Für das Jahr 2008 wird in der Schweiz ein etwas geringeres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2.0% erwartet. Bei der gegenüber 2007 leicht schwächeren Dynamik dürfte es sich um eine konjunkturelle Normalisierung nach der überdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung in den Jahren 2006 und 2007 handeln. Daran dürften auch die Probleme am amerikanischen Hypothekenmarkt wenig ändern. Die Konjunkturbeobachter gehen davon aus, dass sich die aktuelle Kreditkrise nur schwach auf die anhaltend robuste Konjunktur in der Schweiz auswirken wird.

Die weiterhin guten Absatz- und Ertragsaussichten begünstigen eine rege Investitionstätigkeit der Schweizer Unternehmen. Diese wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt aus, der sich weiter erholt. Es wird eine gegenüber dem Vorjahr (2006: 3.3%) deutlich rückläufige Arbeitslosenquote von 2.8% erwartet. Für 2008 wird davon ausgegangen, dass sich der positive Trend am Arbeitsmarkt trotz der sich verlangsamenden Konjunktur fortsetzt und dass sich die Arbeitslosenquote auf 2.6% zurückbildet.

Obwohl die Konjunktur im laufenden Jahr auf Hochtouren läuft und der Ölpreis wieder steigt, darf mit einer weiterhin mässigen Entwicklung der Inflation gerechnet werden. Für 2007 dürfte die Schweizer Teuerungsrate 0.6% betragen (2006: +1.1%). Diese moderate Teuerungsperspektive wird auch dadurch begünstigt, dass die Schweizerische Nationalbank das Zielband für den Drei-monats-Libor am 14. Juni 2007 um weitere 25 Basispunkte auf zwei bis drei Prozent erhöht hat. Im laufenden Jahr wird ein weiterer Anstieg der Rendite der Bundesobligationen mit einer Laufzeit von 10 Jahren auf 3.0% erwartet (2006: 2.5%). Der Trend bei den langfristigen Zinsen dürfte weiter anhalten. Für 2008 ist eine Rendite der Bundesobligationen von 3.3% zu erwarten.

Das Budget 2008 geht von den folgenden volkswirtschaftlichen Eckwerten aus (bei den Annahmen handelt es sich um Jahresdurchschnittswerte):

Table 2: Volkswirtschaftliche Kennzahlen.

Veränderungen in %	2005	2006	2007	2008
Bruttoinlandprodukt Schweiz, real	1,9	2,7	2,5	2,0
Bruttoinlandprodukt Schweiz, nominell	2,4	4,2	3,3	3,2
Allg. Konsumentenpreisteuerung	1,0	1,1	0,6	1,2
Arbeitslosenquote	3,8	3,3	2,8	2,6
Kapitalmarktzins (Rendite Bundesoblig. 10 Jahre)	2,1	2,5	3,0	3,3

Quellen: Konjunkturprognoseinstitute/Bundesamt für Statistik

2.2 Finanzlage des Bundes

Der vom Bundesrat verabschiedete Voranschlag 2008 sieht mit Einnahmen von 58.0 Mrd. Franken und Ausgaben von 56.8 Mrd. Franken einen Überschuss von knapp 1.2 Mrd. Franken vor. Die Schuldenbremse verlangt, dass als konjunktureller Saldo ein Überschuss von mindestens 0.8 Mrd. Franken resultiert. Gemäss Schuldenbremse darf über einen Konjunkturzyklus hinweg nicht mehr ausgegeben werden als eingenommen wird. Für die Finanzplanjahre 2009 bis 2011 rechnet der Bund durchwegs mit schwarzen Zahlen und somit mit Überschüssen von kumuliert 3.9 Mrd. Franken.

Die Einnahmenseite gestaltet sich weiterhin positiv und weist ein Wachstum von 3.5% für 2008 aus. Die Einnahmen steigen somit im Vergleich zum Vorjahr von 56 auf 58 Mrd. Franken. Die günstige konjunkturelle Entwicklung schlägt sich auf die Steuereinnahmen nieder. Neben den volkswirtschaftlichen Eckwerten spielen auch Tarifanpassungen eine wichtige Rolle, so insbesondere die Erhöhung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und die Folgen des Ausgleichs der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer.

Die Ausgaben wachsen im 2008 um knapp 1.7 Mrd bzw. 3.1%. Davon sind rund 500 Mio. Franken auf einnahmenbedingte Effekte zurück zu führen (Anteile Dritter an Bundeseinnahmen, FinV-Einlage, MWST AHV, Spielbankenabgabe), für neue Ausgaben rund 780 Mio. Franken (Härteausgleich NFA, Förderung der Strassen- und Schieneninfrastruktur im Agglomerationsbereich, Asylbereich, Kohäsion) und weitere Ausgaben von 450 Mio. Franken. Dabei setzt der Bundesrat auf klare aufgabenpolitische Prioritäten. Der öffentliche und private Verkehr, die Beziehungen zum Ausland und der Bildungs- und Forschungsbereich wachsen mit 5 bis 6 Prozent am stärksten.

2.3 Finanzlage der Baselbieter Gemeinden

Die Einwohnergemeinden haben das Rechnungsjahr 2006 mit einem Überschuss von 12 Mio. Franken abgeschlossen. Der Aufwand aller 86 Haushalte der Einwohnergemeinden belief sich auf 1.1 Mrd. Franken, wobei der steuerfinanzierte Bereich mit 993 Mio. Franken nur knapp unter der Milliarden-Grenze blieb. Die Selbstfinanzierung nahm leicht auf 115 Mio. Franken zu und übertraf die Nettoinvestitionen um 28 Mio. Franken (Vorjahr 30 Mio. Franken). Die Gemeinden konnten wie im Vorjahr Schulden abbauen. Die Pro-Kopf-Verschuldung für die mittel- und langfristigen Schulden betrug per Ende 2006 1852 Franken/Einwohner und lag um 100 Franken tiefer als im Vorjahr. Das Investitionsniveau war leicht angestiegen und betrug 87 Mio. Franken. Die Steuererträge der Gemeinden lagen mit 624 Mio. Franken um 1,5% über dem Vorjahreswert.

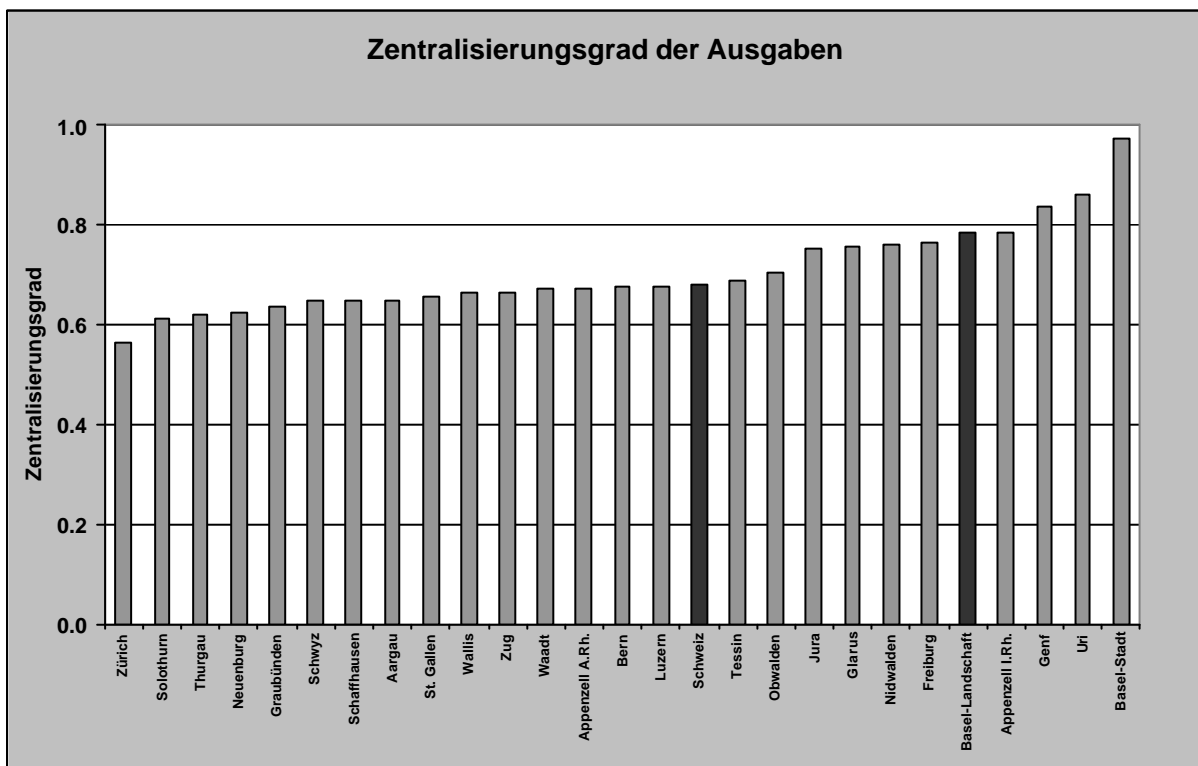
Die Finanzlage der Gemeinden ist insgesamt weiterhin gut, wenn auch verschiedene Gemeinden bei einzelnen Aufgaben unter hohen Lasten zu leiden haben. Der Regierungsrat hat eine Ar-

beitsgruppe „Totalrevision Finanzausgleich“ eingesetzt, in der neben den Mitgliedern aus der Verwaltung 12 Gemeinden vertreten sind. Sie wird zu Handen des Regierungsrates Vorschläge für einen verbesserten Ressourcenausgleich und eine bessere Abgeltung von Sonderlasten ausarbeiten.

Zentralisierungsgrad des Kantons

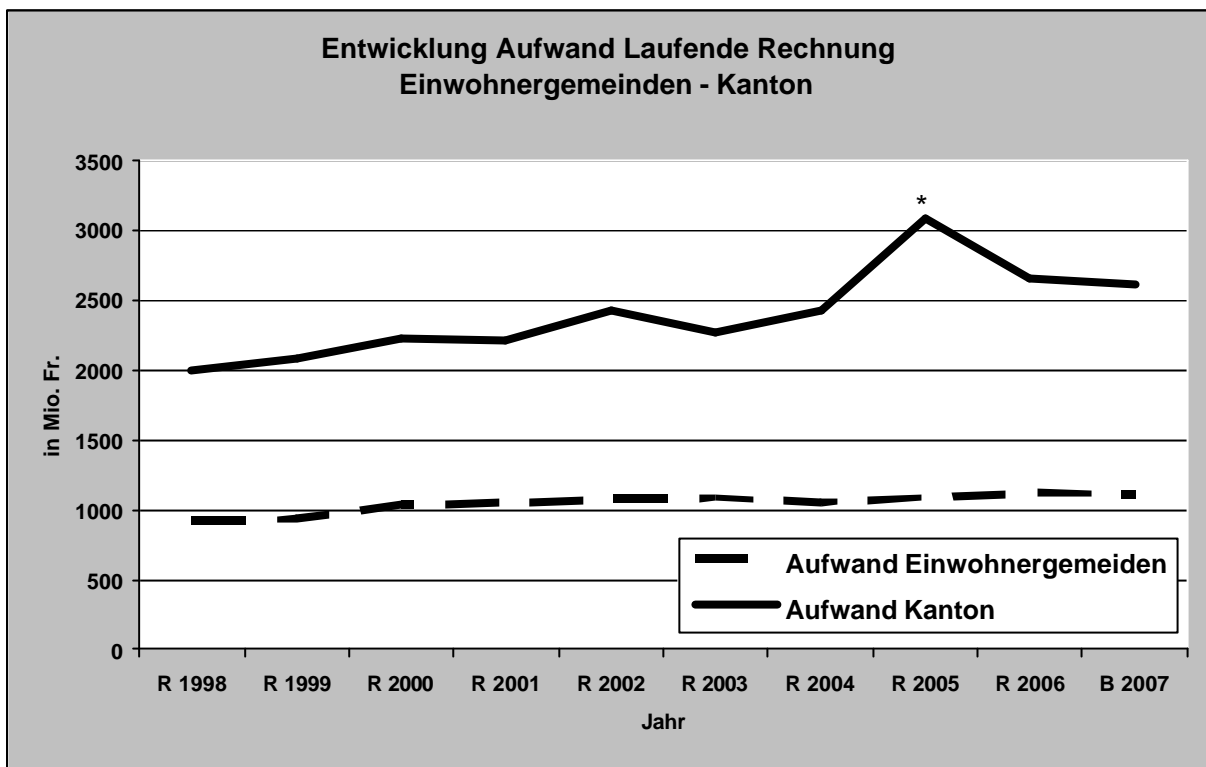
Der Kanton Basel-Landschaft weist im schweizerischen Vergleich einen hohen Zentralisierungsgrad auf. Diese Zentralisierung bei den Aufgaben widerspiegelt sich bei den Ausgaben. Der Zentralisierungsgrad ist in diesem Fall definiert als das Verhältnis der Kantonsausgaben pro Kopf zu den Kantons- und Gemeindeausgaben pro Kopf. Der entsprechende Zentralisierungsgrad liegt für den Kanton Basel-Landschaft bei knapp 0,8, im Schweizer Durchschnitt bei 0,68. Dies verdeutlicht die folgende Abbildung 1.

Abbildung 1: Zentralisierungsgrad der Ausgaben (2004).



In Abbildung 2 wird die Aufwandentwicklung von Kanton und Einwohnergemeinden aufgezeigt. Im Zeitraum 1998 bis 2007 sind die Ausgaben des Kantons um 31,5% angestiegen. Die Zunahme liegt deutlich über der entsprechenden Zuwachsrate der Ausgaben der Einwohnergemeinden von 20,3%. Daraus lässt sich folgern, dass der Kanton immer mehr zusätzliche Aufgaben übernimmt.

Abbildung 2: Aufwandsentwicklung der Einwohnergemeinden und des Kantons.



* Die Rechnung 2005 war geprägt durch eine Reihe von Sonderfaktoren: a.o. Ertrag 627 Mio. Franken (Ausschüttung Goldreserven, Steuererträge aus Vorjahren), a.o. Aufwand 613 Mio. Franken (Abschreibung Investitionsbeiträge, div. Rückstellungen).

3 Wichtige Neuerungen im Voranschlag 2008

3.1 Neuer Finanzausgleich (NFA)

Am 1. Januar 2008 tritt die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft. Gesamthaft bringt die Einführung der NFA für den Kanton Basel-Landschaft eine Saldoverbesserung von rund 2 Mio. Franken für die Laufende Rechnung 2008. In der Landratsvorlage 2007-021 'Gesetz über die Umsetzung NFA und die Lastenverteilung auf Kanton und Gemeinden' wurde von einer wiederkehrenden finanziellen Belastung aus der NFA für den Kanton Basel-Landschaft von rund 2 Mio. Franken ausgegangen.

Die grössten Veränderungen in der Laufenden Rechnung bezogen auf das Vorjahresbudget können der nachfolgenden Tabelle 3 entnommen werden. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Verschiebungen von Kompetenzen vom Bund zum Kanton (Belastung) bzw. vom Kanton zum Bund (Entlastung). Zudem wird der Kanton Basel-Landschaft verpflichtet, für den Ressourcenausgleich 15 Mio. Franken und für den Härteausgleich 4.3 Mio. Franken einzuzahlen.

Tabelle 3: Wiederkehrende Auswirkungen der NFA auf die Laufende Rechnung 2008.

Bereich (in Mio. Franken)	Auswirkungen auf die Laufende Rechnung 2008 (+ Saldoverbesserung - Saldoverschlechterung) gegenüber B 2007
Wegfall Beiträge an die AHV/IV	130.7
Beiträge an Heime und IV/Sonderschulen	-26.8
Beiträge an Institutionen für behinderte Erwachsene	-46.7
Ergänzungsleistungen an AHV/IV (netto)	-20.7
übrige Bereiche	13.2
Zwischentotal Aufgabenentflechtung	49.7
Anteil an direkter Bundessteuer	-46.0
Anteil am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank	12.4
Anteil an der Verrechnungssteuer	5.2
Zwischentot. Aufgabenentflechtung und Anteil an Bundeseinnahm.	21.3
Ressourcenausgleich	-15.0
Härteausgleich	-4.3
Total Auswirkungen auf Laufende Rechnung 2008	2.0

Im Jahr 2008 fällt im Rahmen der NFA-Umstellung ein einmaliger ausserordentlicher Ertrag von 18.3 Mio. Franken aufgrund von nachschüssigen Zahlungsverpflichtungen des Bundes bei den Prämienverbilligungen in der Krankenversicherung an. Die anderen beiden nachschüssigen Zahlungsverpflichtungen des Bundes bei den Ausbildungsbeihilfen (Entlastung von 1.1 Mio. Franken) und beim landwirtschaftlichen Beratungswesen (Entlastung von 0.1 Mio. Franken) wurden bereits in der Rechnung 2007 periodengerecht abgegrenzt.

Der Kanton Basel-Landschaft muss im Jahr 2008 21.7 Mio. Franken für nachschüssige Verpflichtungen der IV zahlen. Für die bereits in der 3. NFA-Botschaft des Bundes vorgesehenen 10.8 Mio. Franken wurden in der Rechnung 2006 Rückstellungen gebildet. Im Juni 2007 hat das Eidgenössische Parlament - abweichend von der 3. NFA-Botschaft - noch zusätzliche 10.9 Mio. Franken Leistungen für den Kanton Basel-Landschaft beschlossen. Für diese zusätzlichen 10.9 Mio. Franken werden in der Rechnung 2007 die entsprechenden Rückstellungen gebildet. Für die einmaligen finanziellen Aufwendungen von 68 Mio. Franken für den unentgeltlichen Übergang der Nationalstrassen und des Autobahnwerkhofs Sissach an den Bund wurden bereits in der Rechnung 2005 Rückstellungen gebildet.

Aufgrund der zusätzlichen Belastung der Gemeinden durch die Einführung der NFA wurde im Einvernehmen mit den Gemeinden ein Ausgleich der Spitexkosten vereinbart. Entsprechend beträgt der EL-Gemeindeanteil ab 1. Januar 2008 neu 56.6% (2007: 64.5%). Ausserdem wurde der Regierungsrat vom Landrat beauftragt, die Arbeiten für die Totalrevision des Finanzausgleichsgesetzes zusammen mit den Gemeinden so voranzutreiben, dass das neue Finanzausgleichsgesetz auf den 1. Januar 2010 in Kraft treten kann.

3.2 Nationalstrassen Nordwestschweiz AG (NSNW AG)

Als Folge der NFA wird per 1.1.2008 das Eigentum an den Nationalstrassen vom Kanton an den Bund übertragen. Da der Bund über keine eigene Organisation verfügt, ist er auf die bisherigen Betreiber aus den kantonalen Verwaltungen angewiesen, die über das Fachwissen und die notwendige Ausrüstung zum Betrieb und Unterhalt dieses Verkehrsnetzes verfügen. Die Nordwestschweizer Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Solothurn haben sich entschlossen, für den Betrieb der Gebietseinheit Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn die Aktiengesellschaft „Nationalstrassen Nordwestschweiz AG“ (NSNW AG) mit dem Zweck zu gründen, die Nationalstrassen auf der Basis des Leistungsauftrags des Bundes weiterhin zu betreiben (vgl. LRV 2007-176). Der Bund bezahlt die Leistungen der NSNW AG entsprechend den Vereinbarungen im Leistungsauftrag.

Der Kanton wird sich einerseits mittels Einbringung der bisherigen Fahrhabe (Fahrzeuge und Maschinen) im Umfang von 3 Mio. Franken als Aktionär an der NSNW AG beteiligen (33%-Beteiligung). Andererseits ist die Gewährung eines rückzahlbaren Darlehens im Umfang von 2.7 Mio. Franken vorgesehen.

3.3 Unternehmenssteuerreform

Mit der Unternehmenssteuerreform, die auf den 1. Januar 2008 in Kraft treten soll, verfolgt der Regierungsrat eine doppelte Strategie: Zum einen will er die bereits im Kanton ansässigen Unternehmen im Bereich der Steuern entlasten, ihnen damit attraktivere Rahmenbedingungen bieten und so seinen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen leisten. Zum anderen will der Regierungsrat mit seiner Reform die Attraktivität des Kantons Basel-Landschaft als Unternehmensstandort fördern und damit seine Position im Konkurrenzkampf um die Ansiedlung neuer Unternehmen verbessern.

Die drei wichtigsten Massnahmen der Reform lauten: 1. Entlastung bei der Gewinnsteuer (bis 100'000 Franken Gewinn kommt ein proportionaler Steuersatz von 6 Prozent und ab 100'000 Franken Gewinn ein Satz von 12 Prozent zur Anwendung); 2. Entlastung bei der Kapitalsteuer (der Kapitalsteuersatz beim Staat wird um die Hälfte von 2 auf 1 ‰ gesenkt und bei den Gemeinden von 3.5 bis 5.5 ‰ auf 1.75 bis 2.75 ‰); 3. Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung (mit der nach dem Halbsatzverfahren³ reduzierten Dividendenbesteuerung nähert sich die Gesamtbelastung von Ertrags- und Einkommenssteuern auf ausgeschütteten Gewinnen derjenigen Belastung an, die Einzel- und Personenunternehmer auf ihren Unternehmensgewinnen zu tragen haben).

Die Unternehmenssteuerreform entlastet die Unternehmen und die Unternehmerschaft bei der Staatssteuer (Kanton) um 64.0 Mio. Franken und bei der Staats- und der Gemeindesteuer zusammen anfänglich um 69.0 Mio. Franken und nach Ablauf der Übergangsfrist ab 2011 um 76.0 Mio. Franken.

Für das Steuerjahr 2008 wird der Rückgang bei der Ertragssteuer auf rund 54 Mio. Franken geschätzt. Der Schätzwert für das Jahr 2008 beruht auf einer Hochrechnung aufgrund des erwarteten Gewinnwachstums. Für das Steuerjahr 2007 werden Einnahmen aus Ertragssteuern in der Höhe von 172.5 Mio. Franken erwartet. Ins Budget 2008 sind unter Berücksichtigung der Unter-

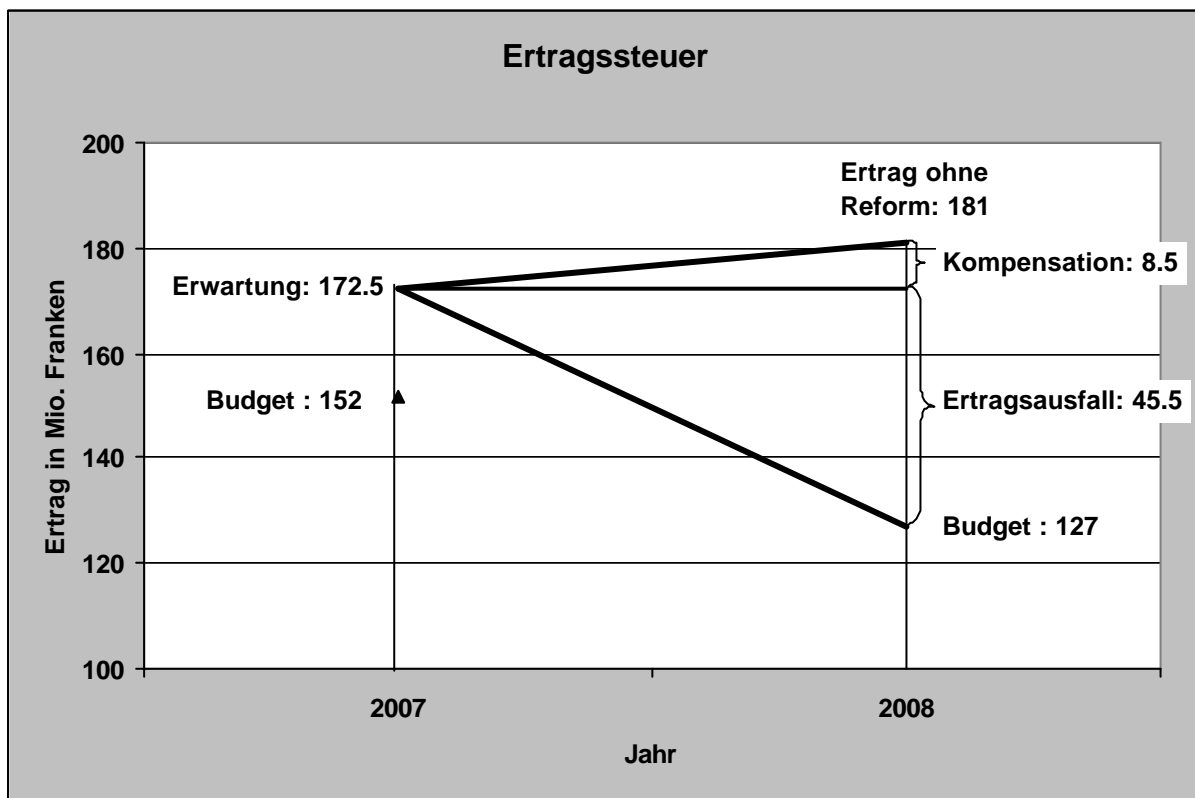
³ Beim so genannten Halbsatzverfahren (oder auch Teilsatzverfahren) wird die ganze ausgeschüttete Dividende voll in die Bemessung einbezogen. Die Bemessungsgrundlage wird also nicht angetastet. Diese Dividendenerträge werden beim berechtigten Teilhaber aber nur zum halben Satz (50 Prozent), der auf das Gesamteinkommen anwendbar ist, besteuert.

nehmenssteuerreform 127.0 Mio. Franken, d.h. 45.5 Mio. Franken weniger eingestellt worden. Die erwarteten Kosten der Unternehmenssteuerreform betragen jedoch 54.0 Mio. Franken. Durch die anhaltend gute Konjunktur werden somit bereits 8.5 Mio. Franken der Mindereinnahmen wieder kompensiert.

Bei der Kapitalsteuer ist beim Kanton mit Mindereinnahmen von 5.3 Mio. Franken zu rechnen. Dieser Ausfall wird durch das Wachstum der Steuereinnahmen teilweise bereits wieder kompensiert. Für das Steuerjahr 2007 werden nämlich Einnahmen aus Kapitalsteuern von 18.2 Mio. Franken erwartet. Ins Budget 2008 sind unter Berücksichtigung der Unternehmenssteuerreform 13.7 Mio. Franken, d.h. 4.5 Mio. Franken weniger eingestellt worden. Die Kompensationswirkung beträgt somit 0.8 Mio. Franken.

Bezogen auf das erwartete Steueraufkommen 2007 beträgt der Ausfall durch die drei Massnahmen (Ertragssteuer, Kapitalsteuer, wirtschaftliche Doppelbelastung) im Budget 2008 insgesamt ca. 55 Mio. Franken.

Abbildung 3: Kompensationseffekt Unternehmenssteuerreform Bsp. Ertragssteuer .



3.4 Einführung von Globalbudgets in den Spitalbetrieben

Am 25. September 2005 hat sich das Baselbieter Stimmvolk für die Einführung von Globalbudgets in den öffentlichen Spitalbetrieben des Kantons ausgesprochen. Mit dem Voranschlag 2008 werden die Kantonsspitäler Liestal, Bruderholz und Laufen sowie die kantonalen Psychiatrischen Dienste zum ersten Mal mit Globalbudgets gesteuert. Die Zentralwäscherei bleibt eine Dienststelle ohne Globalbudget. Der Regierungsrat hat für die operative Steuerung der Spitalbetriebe eine Verordnung erlassen, in welcher die Ausgestaltung des leistungsbezogenen Globalbudgets sowie die Überschussverwendung und die Verlustdeckung detailliert geregelt sind. Mit der Einführung der Globalbudgets in den Spitalbetrieben wird die Finanzierung stärker mit dem Leis-

tungsauftrag verknüpft. Die Spitalbetriebe erhalten damit grösseren unternehmerischen Handlungsspielraum, was ihnen erlaubt, das Optimierungspotenzial besser auszuschöpfen und die Effizienz bei der Leistungserbringung zu steigern.

Die Bemessung der vorliegenden Globalbudgets erfolgte noch konventionell auf der Basis von Pflögetagen und Pflögetaxen. Eine Abbildung der Leistungen mittels Fallkostenpauschalen, welche über den Basispreis und die Anzahl Fälle das Globalbudget bestimmen, kann erst mit der Einführung der Swiss-DRG's (diagnosebezogene Fallkostenpauschalen) vorgenommen werden. Dies wird voraussichtlich im Jahre 2010 der Fall sein. Das Projekt Swiss-DRG hat auch den Auftrag, einheitliche und verbindliche Qualitätsindikatoren zu definieren, so dass nach dessen Einführung die Vergleichbarkeit und Messbarkeit schweizweit möglich sein wird.

Das Globalbudget ist definiert als Voranschlag der Laufenden Rechnung und wird als Saldo zwischen Aufwand und Ertrag angegeben. Der Landrat beschliesst künftig für die Spitalbetriebe den Saldo der Laufenden Rechnung (vgl. § 30a Finanzhaushaltsgesetz). Entsprechend werden im Zahlenteil des Voranschlags bei den Spitalbetrieben keine Budgetzahlen mehr auf Kontenebene ausgewiesen. Anstelle der bisherigen Dienststellenkommentare zu den Einzelkonten werden die Angaben zu den Leistungen ausgebaut. Die Investitionen in den Spitalbetrieben sind nicht Gegenstand des Globalbudgets und werden wie bis anhin im Rahmen der übergeordneten Investitionsplanung festgesetzt. Die Voranschlagskredite oder Verpflichtungskredite werden gestützt auf die geltende Kompetenzregelung nach Finanzhaushaltsgesetz bewilligt.

3.5 Rheinhäfen beider Basel neu als öffentlich-rechtliche Anstalt

Die Rheinhäfen beider Basel sind für die Wirtschaftsregion Nordwestschweiz und die Schweiz von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die Häfen sollen auch in Zukunft ihre Rolle als effiziente und nachhaltige Güterversorgungs- und Logistikkreuzung behalten. Um einerseits auf die Marktbedürfnisse der Wirtschaft und andererseits auf berechnigte gesellschaftspolitische Anliegen besser reagieren zu können, muss für die Häfen insgesamt ein grösserer Handlungsspielraum für die Arealentwicklung und für die optimale Nutzung geschaffen werden.

Der ab dem 1. Januar 2008 geltende Staatsvertrag bietet für diesen Entwicklungsrahmen eine zweckmässige Grundlage. Auf der Basis klarer Zielsetzungen und einer 10jährigen Finanzplanung (2008 - 2017) sowie in der Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt werden die Voraussetzungen für den erforderlichen unternehmerischen Handlungsspielraum geschaffen. Die Form einer Anstalt wahrt die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten der Vertragskantone und ermöglicht vor allem die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben. Schliesslich erfolgt mit der Schaffung der "Schweizerischen Rheinhäfen" (Swiss Rhine Ports) auch der notwendige institutionelle Schritt für eine verstärkte Zusammenarbeit auf trinationaler Ebene mit den Häfen der Wirtschaftsregion TriRhena (Hafenverbund Mulhouse-Ottmarsheim-Huningue und Hafengesellschaft Weil am Rhein).

Durch die Aktivierung der Beteiligung an den Rheinhäfen kann ein einmaliger Aufwertungsgewinn von 14 Mio. Franken budgetiert werden.

4 Defizitbremse

Der Landrat hat am 17. April 2007 die Einführung einer Defizitbremse zu Handen der Volksabstimmung (im Februar 2008) beschlossen (vgl. LRV 2005-300). Die Defizitbremse entfaltet in erster Linie eine präventive Wirkung. Das Defizit in der Laufenden Rechnung darf im Budget bis zu 3% der budgetierten Erträge aus der Einkommenssteuer betragen. Im Budget 2008 beträgt die zulässige Höhe des Defizits also 27 Mio. Franken. Wenn das Defizit im Budget diesen Betrag übersteigt, kann im Budget Eigenkapital zur Kompensation des zu hohen Defizits eingesetzt werden, vorausgesetzt das Eigenkapital ist höher als 100 Mio. Franken. Mit einem Ertragsüberschuss von 3 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung ist der Voranschlag 2008 defizitbremsenkonform, ohne dass Eigenkapital eingesetzt werden muss.

Wäre das Defizit im Voranschlag 2008 höher als 27 Mio. Franken und stünde zuwenig Eigenkapital zur Verfügung zur Kompensation dieses Defizits, so käme der Sanktionsmechanismus zum Tragen. Der Sanktionsmechanismus besteht darin, dass der Landrat ein nicht defizitbremsenkonformes Budget an den Regierungsrat zurückweisen kann mit der Aufforderung, auf der Ausgabenseite weitere Entlastungsmassnahmen vorzusehen. Ist der Saldo in der Laufenden Rechnung trotz zusätzlichen Massnahmen auf der Ausgabenseite noch nicht defizitbremsenkonform, so ist im Budget eine Steuerfusserhöhung vorzusehen. Der Landrat kann den Steuerfuss bis 105% erhöhen, eine weitere Erhöhung müsste durch das Volk beschlossen werden.

Aufgrund der komfortablen Ausgangslage im Baselbieter Finanzhaushalt und aufgrund der nachhaltigen Finanzpolitik des Regierungsrates ist zu erwarten, dass der Sanktionsmechanismus der Defizitbremse in den nächsten Jahren kaum zum Tragen kommen wird. Treten der Voranschlag 2007 und 2008 wie geplant ein, so beträgt die Eigenkapiteldercke per Ende 2008 179 Mio. Franken. Diese Eigenkapitalausstattung erlaubt es, zukünftige Defizite während einer schwachen Konjunkturphase durch Eigenkapital aufzufangen, so dass Steuererhöhungen wohl kaum zum Tragen kommen werden.

5 Details zum Voranschlag 2008

5.1 Vollstellenerhebung

Im Herbst 2004 führte der Regierungsrat einen Soll-Stellenplan ein. Der Soll-Stellenplan umfasst alle Stellen der kantonalen Verwaltung mit folgenden Ausnahmen:

Refinanzierte Stellen beim KIGA:

Die vom Bund refinanzierten „KIGA-Stellen“ stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit. In Erwartung einer deutlich rückläufigen Arbeitslosenquote ist bei den arbeitsmarktlichen Abteilungen des KIGA⁴ gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme des Personalbestandes von 9 Vollstellen budgetiert.

Gerichte und Strafverfolgungsbehörden:

Die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden unterstehen nicht dem Regierungsrat sondern dem Parlament. Gerichte und Strafverfolgungsbehörden melden eine Aufstockung von 8.5 Vollstellen.

⁴ Die arbeitsmarktlichen Abteilungen des KIGA erfüllen eine Bundesaufgabe, deren Vollzug der Bund an den Kanton Basel-Landschaft (via Leistungsauftrag) delegiert hat. Die betreffenden Stellen sind vollständig vom Bund refinanziert und belasten den Kantonshaushalt nicht.

Spitalbetriebe:

Mit der Einführung des Globalbudgets nimmt der Regierungsrat den Stellenplan der Spitalbetriebe lediglich noch zur Kenntnis. Die Spitalbetriebe planen für 2008 einen Ausbau von insgesamt 40.6 Vollstellen, um die erwarteten und budgetierten Mengenausweitungen bewältigen zu können. Die Details hierzu finden sich in den Reportings der Spitalbetriebe in Teil 3.

Lehrpersonen:

Die Vollstellen bei den Lehrpersonen werden nach Schuljahresbeginn erst Ende September definitiv erhoben. Die provisorische Erhebung zeigt eine Abnahme von ca. 10 Vollstellenäquivalenten, welche auf folgende Tendenzen bei den einzelnen Schulstufen zurückzuführen ist: Auf der Sekundarstufe 1 zeigt sich der demografische Rückgang in Form einer moderaten Klassenabnahme. Bei den Gymnasien/Fachmaturitätsschule (FMS) ist es im 2007 zu einer markanten Verflachung der Wachstumskurve der Schülerinnen und Schüler gekommen vorab in der FMS. Bei den Berufsschulen werden die Klassen in Muttenz und Liestal stabil bleiben und in der Berufsfachschule für Gesundheit leicht zunehmen. Dagegen verzeichnet vorab Muttenz einen stärkeren Rückgang bei Weiterbildungskursen insbesondere bei KIGA-Kursen.

Sollstellenplan

Der Sollstellenplan 2008 weist eine Abnahme von 41.8 Vollstellen aus. Insgesamt 47.4 wegfalende Vollstellen sind auf die Auslagerung von Organisationseinheiten aus der Verwaltung zurückzuführen (Fusion Rheinhäfen 9.4 Vollstellen, Wechsel von 38 Vollstellen vom Tiefbauamt zur geplanten NSNW AG). Unter Ausklammerung der Stellenabnahme infolge Ausgliederung der beiden Organisationseinheiten beträgt der Zuwachs im Sollstellenplan 5.6 Vollstellen, was einer Zunahme von 2‰ entspricht. Im Sollstellenplan ist gegenüber dem Vorjahr also de facto eine Plafonierung erreicht worden, obwohl der Kanton neue Aufgaben erfüllt. Die Verwaltung ist bestrebt, neue Aufgaben soweit wie möglich durch Effizienzsteigerungen und Rationalisierungsmaßnahmen mit demselben Personalbestand bewältigen zu können.

Tabelle 4: Entwicklung der Vollstellen.

Organisationseinheit	Sollstellenplan 2007	Geplante Vollstellen 2008	Stellenzunahme/-abnahme
Allg. Verw.	25.0	26.0	1.0
FKD	295.8	302.2	6.4
VSD (ohne refinanz. Stellen KIGA und Spitalbetriebe)	183.4	172.8	-10.6
BUD	496.7	453.1	-43.7
JPMD	965.0	964.8	-0.2
BKSD (ohne Lehrpersonen)	396.2	401.5	5.3
Total (Sollstellenplan)	2362.1	2320.4	-41.8
ausserhalb Sollstellenplan			
Gerichte und Strafverfolgungsbehörden	219.4	227.9	8.5
VSD Spitalbetriebe	2864.8	2905.4	40.6
VSD refinanz. Stellen KIGA	130.5	121.5	-9.0
BKSD Lehrpersonen	1503.4	1493.5	-9.9

5.2 Laufender Aufwand nach Kontogruppen

Die Entwicklung der einzelnen Aufwandskategorien im Vergleich mit dem Budget 2007 und der Rechnung 2006 ist aus der folgenden Tabelle 5 ersichtlich. In Teil 2 sind ausgewählte Kontogruppen definiert sowie deren wichtigsten Budgetpositionen angegeben. Ebenfalls in Teil 2 ist der Schweizerische Kontenrahmen der Öffentlichen Haushalte enthalten.

Tabelle 5: Laufender Aufwand nach Kontogruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Abweichung vom Vorjahr	
30 Personalaufwand	907.2	933.0	953.1	20.1	2.2%
31 Sachaufwand	282.8	294.6	323.6	29.0	9.8%
32 Passivzinsen	37.8	35.9	37.8	1.9	5.3%
33 Abschreibungen	154.1	130.9	125.8	-5.1	-3.9%
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckb.	98.8	87.0	109.2	22.3	25.6%
35 Entschäd. an öffentliche Gemeinwesen	93.1	97.7	94.1	-3.6	-3.6%
36 Eigene Laufende Beiträge	854.1	924.5	920.6	-3.9	-0.4%
37 Durchlaufende Beiträge	80.1	80.7	72.4	-8.3	-10.3%
38 Einlagen in Spezialfinanzier. und Fonds	131.8	22.4	38.9	16.5	73.7%
39 Interne Verrechnungen	23.9	14.1	14.2	0.1	0.6%
Gesamttotal Aufwand	2'663.6	2'620.7	2'689.7	69.0	2.6%

Der Anstieg des Gesamtaufwands gegenüber dem Vorjahresbudget liegt deutlich unterhalb dem nominellen Wirtschaftswachstum im Jahr 2008 (Bruttoinlandprodukt Schweiz) von 3.2%. Dieser Sachverhalt reflektiert sich auch in einer Abnahme der Staatsquote von 16.9% auf 16.5% (vgl. Tabelle 13 im Anhang).

Personalaufwand

Die Zunahme des Personalaufwands enthält die generelle Lohnanpassung (Teuerungsausgleich) von 16 Mio. Franken (entspricht einer Teuerung von 1.0%) sowie einen Mehraufwand von 1.4 Mio. Franken für die Ausfinanzierung der Deckungslücke Pensionskassen Rheinhäfen und NSNW AG). Des Weiteren nimmt der Ausbildungsaufwand um 1.1 Mio. Franken zu, wobei ein grosser Anteil auf die Weiterbildung der Lehrpersonen betreffend der Einführung der Frühfremdsprachen fällt.

Sachaufwand

Die wichtigsten Abweichungen beim Sachaufwand fallen in den folgenden Bereichen an:

Baulicher Unterhalt

Neben dem Ausbau der Infrastruktur erachtet es der Regierungsrat als vordringliche Aufgabe, die bestehende Infrastruktur in ihrer Substanz zu erhalten. Der Aufwand für den baulichen Unterhalt wird im vorliegenden Budget daher um 7.7 Mio. Franken aufgestockt. Im Bereich Hochbau beträgt die Zunahme 5.7 Mio. Franken (davon 1.8 Mio. Franken für die Sanierung von Ruinen). Der betriebliche Strassenunterhalt wird insgesamt um 1.3 Mio. Franken höher budgetiert. Mit dem NFA fällt der Unterhalt für die Nationalstrassen weg.

Beratungsdienstleistungen

Die Aufwendungen für Berater, Gutachter, Experten nehmen um 2.2 Mio. Franken zu. Der Aufwand für übrige Dienstleistungen von Dritten steigt um 1.9 Mio. Franken. Mit der Vergabe von externen Aufträgen werden Spitzenbelastungen abgedeckt sowie Spezialwissen und projektbezogenes, zeitlich befristetes Wissen eingekauft. Die Aufwandsteigerungen sind unter anderem bedingt durch das ERP-Projekt und durch die Zunahme der Honorare für Officialverteidigung und unentgeltliche Prozessführung bei den Gerichten (vgl. auch Dienststellenkommentare).

Im Auftrag der landrätlichen Finanzkommission hat die Finanzkontrolle 2007 eine Schwerpunktsprüfung der Beratungsdienstleistungen vorgenommen. In Ihrem Revisionsbericht Nr. 029/2007 beurteilt die Finanzkontrolle die extern vergebenen Beratungsdienstleistungen in der Verwaltung des Kantons Basel-Landschaft in ihrer Höhe als angemessen. Beratungsaufträge werden in der Verwaltung des Kantons Basel-Landschaft in der Regel eher zurückhaltend vergeben. Die Notwendigkeit der geprüften Aufträge konnte von der Finanzkontrolle grösstenteils nachvollzogen werden. Eine eigentliche "Expertokratie", wie dies aktuell der Bundesverwaltung vorgeworfen wird, ist aus der Sicht der Finanzkontrolle beim Kanton Basel-Landschaft nicht erkennbar. Die Finanzkontrolle ist der Auffassung, dass bei den von ihr geprüften Aufträgen den finanziellen Aufwendungen in der Regel ein erkennbarer Mehrwert gegenübersteht.

IT-Aufwendungen

Das Informatikbudget 2008 (Informatik, EDV-Leistungen Dritter, Wartung, Lizenzen) beträgt 36.7 Mio. Franken und liegt damit 6.1 Mio. Franken über dem Budget 2007, welches mit 30.6 Mio. Franken deutlich unter dem mehrjährigen Mittel lag.

Die Hauptgründe für die Erhöhung des Budgets 2008 liegen einerseits in der periodisch erforderlichen Erneuerung der Infrastruktur und andererseits bei wichtigen neuen Vorhaben. Das neue ERP-System für das Finanz- und Personalwesen ist mit einer Tranche von 3.1 Mio. Franken enthalten. Grössere Einführungen von Fachanwendungen sind in den Spitälern, bei den Bezirksgerichten und im Bereich Raum und Umwelt vorgesehen. Zur Erneuerung der Infrastruktur gehört die Bereitstellung von modernen, redundanten Speichersystemen zur Bewältigung der steigenden Datenmengen in allen Direktionen. Das mittelfristige Ziel ist, die heute dezentralen Rechenstandorte in ein logisches Rechenzentrum an zwei Standorten zusammenzuführen. Mit der zunehmenden Informatikdurchdringung der Geschäftsprozesse (eGovernment, Archivierung, Bildung) werden laufend neue Aufgaben der Informatik übertragen. Aufgrund der mittelfristigen Planung der Informatikvorhaben dürfte sich der Mittelbedarf im Durchschnitt der Folgejahre wieder auf jährlich ca. 34 Mio. Franken reduzieren.

Weitere grössere Veränderungen im Sachaufwand:

Des Weiteren ergeben sich grössere Veränderungen beim medizinischen Verbrauchsmaterial (+5.8 Mio. Franken) und den Arzthonoraren für medizinische Fremdleistungen (+1.2 Mio. Franken). Diese Aufwendungen, wie alle Aufwendungen der Spitalbetriebe, sind leistungsabhängig und zum grössten Teil durch Pflögetaxen und andere Erträge refinanziert.

Passivzinsen

Die Erwartung von steigenden Zinsen schlägt sich in einer Zunahme des Passivzinsaufwandes nieder.

Abschreibungen

Die Abnahme bei den Abschreibungen ist auf die Übergabe der Nationalstrassen an den Bund im Rahmen der NFA zurückzuführen.

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

Mit der Einführung der NFA werden erstmals der Aufwand für den Ressourcenausgleich (15.0 Mio. Franken) und den Härteausgleich (4.3 Mio. Franken) budgetiert. Aufgrund des wachsenden Steueraufkommens gegenüber dem Vorjahresbudget steigt der ungebundene Finanzausgleich an die Gemeinden um 4.3 Mio. Fr. Die Kirchensteuer nimmt aufgrund der abnehmenden Steuererträge der juristischen Personen (Unternehmenssteuerreform) um 1.4 Mio. Franken ab.

Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen

Die grösste Abnahme fällt bei den Spitalabkommen mit Basel-Stadt und anderen Kantonen an (-2.6 Mio. Franken).

Eigene Laufende Beiträge

Der NFA schlägt sich massgeblich in dieser Kontengruppe nieder: Die Beiträge des Kantons an die AHV und IV im Umfang von 130.7 Mio. Franken entfallen, wobei eine einmalige Zahlungsverpflichtung an die IV im Umfang von 21.7 Mio. Franken budgetiert ist. Hierfür werden die zu Lasten der Rechnung 2006 und 2007 für diesen Zweck gebildeten Rückstellungen aufgelöst (saldo-neutrale Abwicklung). Demgegenüber nehmen aufgrund des NFA die Beiträge an die Ergänzungsleistungen AHV/IV um 46 Mio. Franken zu. Durch den Rückzug der IV aus den Bereichen Sonderschulung und behinderte Erwachsene fällt ein Mehraufwand von 26.8 Mio. Franken bzw. 46.7 Mio. Franken an.

Des Weiteren sind folgende grössere Abweichungen gegenüber dem Vorjahresbudget auszuweisen:

- 2007 ist ein unverzinsliches Darlehen von 30 Mio. Franken an die Universität budgetiert. Diese Position entfällt im Voranschlag 2008.
- Die Anschubfinanzierung an das ETH-Institut für Systembiologie ist abgeschlossen (-5.0 Mio. Franken).
- Beiträge an Universität (+ 4.3 Mio. Franken) und FHNW (+ 4.8 Mio. Franken)
- Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime (-4.5 Mio. Franken)
- Abgeltungen und Beiträge im Bereich des Öffentlichen Verkehrs (-5.7 Mio. Franken)
- Beiträge an KV Basel-Landschaft (+ 3.7 Mio. Franken).

Einlagen in Spezialfinanzierungen

Die Zunahme ist im Wesentlichen auf folgende zwei Positionen zurückzuführen: Für Haftungsrisiken im Bereich Kontaminierungen und weiteren Umweltschäden wird eine Rückstellung im Umfang von 15 Mio. Franken gebildet (vgl. Empfehlung der Finanzkontrolle im Revisionsbericht Nr. 016/2007 zur Prüfung der Staatsrechnung). Des Weiteren ist im Voranschlag 2008 eine Einlage in den Wirtschaftsförderungsfonds von 1 Mio. Franken budgetiert.

5.3 Laufender Ertrag nach Kontogruppen

Auf der Ertragsseite der Laufenden Rechnung weist das Budget 2008 ein Wachstum von ca. 80.7 Mio. Franken oder 3.1% auf.

Tabelle 6: Laufender Ertrag nach Kontogruppen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Abweichung vom Vorjahr	
40 Steuern	1'475.6	1'395.8	1'432.9	37.0	2.7%
41 Regalien und Konzessionen	56.0	53.2	65.7	12.5	23.5%
42 Vermögenserträge	92.5	85.8	85.6	-0.1	-0.2%
43 Entgelte	464.2	449.0	478.3	29.4	6.5%
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckb.	128.5	133.9	93.2	-40.6	-30.4%
45 Rückerstattungen von öff, Gemeinwesen	61.1	67.7	63.6	-4.0	-6.0%
46 Laufende Beiträge für eigene Rechnung	296.5	301.0	364.0	63.1	21.0%
47 Durchlaufende Beiträge	80.1	80.7	72.4	-8.3	-10.3%
48 Entnahmen aus Spezialfinan. und Fonds	6.5	30.9	22.7	-8.2	-26.5%
49 Interne Verrechnungen	23.7	13.9	14.0	0.1	0.6%
Gesamttotal Ertrag	2'684.7	2'611.7	2'692.4	80.7	3.1%

Steuern

Die Entwicklung der einzelnen Steuerarten geht aus Tabelle 7 hervor. Die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform (vgl. Kapitel 3.3) sind im Budget vollumfänglich berücksichtigt.

Für die Wachstumsrate 2008 der *Einkommenssteuer der natürlichen Personen* wird auf das BAK-Finanzhaushaltsmodell abgestellt. Die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung gemäss Unternehmenssteuerreform (LRB 2007/034) ist mit einem Ertragsausfall von 5 Mio. Franken berücksichtigt.

Ausgehend von einer günstigen Konjunktur- und Börsenentwicklung wird bei der *Vermögenssteuer* ein Anstieg von 12 Mio. Franken prognostiziert.

Der Budgetwert 2007 der *Ertragssteuer* (152 Mio. Franken) erweist sich aus heutiger Sicht als zu tief. Für das Steuerjahr 2007 wird derzeit ein Ertrag von 172.5 Mio. Franken erwartet. Das anhaltende Ertragswachstum der Unternehmen würde für 2008 zu einem Ertrag von 181 Millionen Franken führen. Der für das Steuerjahr 2008 auf 54 Mio. Franken geschätzte Ertragsrückgang gemäss Unternehmenssteuerreform wird somit bereits im Umfang von ca. 8.5 Mio. Franken kompensiert. Gegenüber dem Erwartungswert für das Vorjahr beziffert sich der Ausfall demnach auf 45.5 Mio. Franken (vgl. Kapitel 3.3).

Bei der Kapitalsteuer ist durch die Unternehmenssteuerreform mit Mindereinnahmen von 5.3 Mio. Franken zu rechnen. Dieser Ausfall wird durch das Wachstum der Steuereinnahmen teilweise (0.8 Mio. Franken) bereits wieder kompensiert (vgl. Kapitel 3.3).

Da sich der Liegenschaftsmarkt weiterhin günstig entwickelt - wenn auch das Rekordergebnis von 2006 kaum wiederholbar erscheint - kann für die *Grundstückgewinnsteuer* ein Wachstum von 6 Mio. Franken veranschlagt werden.

Aufgrund der Erträge in den ersten sieben Monaten im Jahr 2007 ist im Jahr 2008 ein Ertrag aus der *Handänderungssteuer* zu erwarten, der nahe beim Rekordergebnis von 2006 liegt.

Der Budgetwert 2007 bei der *Erbschafts- und Schenkungssteuer* wird voraussichtlich nicht ganz erreicht. Dennoch wird für 2008 ein dem langjährigen Trend entsprechendes Wachstum von 2 Mio. Franken angenommen.

Table 7: Steuererträge gegliedert nach Arten.

in Mio. Fr.	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Abweichung vom Vorjahr	
Einkommenssteuer nat. Personen	901.4	866.0	901.0	35.0	4.0%
Vermögenssteuer nat. Personen	114.4	109.0	121.0	12.0	11.0%
Grenzgänger, Nach- und Straf-steuern; Doppelbest.abkommen	40.6	39.0	42.5	3.5	9.0%
Ertragssteuer juristische Personen	187.1	152.0	127.0	-25.0	-16.4%
Kapitalsteuer juristische Personen	16.0	15.7	13.7	-2.0	-12.7%
Kirchensteuer jurist. Personen	10.2	8.4	7.0	-1.4	-16.1%
Steuer auf Kapitalabfind. 2./3. Säule	13.8	12.0	14.0	2.0	16.7%
Grundstückgewinnsteuer	36.6	28.0	34.0	6.0	21.4%
Handänderungssteuer	32.3	29.0	32.0	3.0	10.3%
Erbschafts- und Schenkungssteuer	46.4	38.0	40.0	2.0	5.3%
Verkehrssteuer	76.9	98.8	100.6	1.9	1.9%
Gesamttotal Steuern	1'475.6	1'395.8	1'432.9	37.0	2.7%

Regalien und Konzessionen

Mit der NFA wird der den Kantonen zufallende Anteil am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank neu nur noch unter Berücksichtigung der Wohnbevölkerung verteilt. Das Kriterium der Finanzkraft entfällt. Der Gewinnanteil für den Kanton Basel-Landschaft fällt daher um 12.4 Mio. Franken höher aus als im Vorjahr.

Vermögenserträge

Die Vermögenserträge liegen insgesamt auf dem Vorjahresniveau. Es lassen sich jedoch folgende grössere Veränderungen ausweisen: Wegfall der Baurechtszinsen durch Fusion der Rheinhäfen (-5.4 Mio. Franken), Anteil am Reingewinn der BL KB (+3 Mio. Franken), Kontokorrentzinsen (+3.1 Mio. Franken), Ertrag aus Liegenschaftsverkauf (-1.1 Mio. Franken), Ertrag aus treuhänderischem Liegenschaftsbesitz (+1 Mio. Franken).

Entgelte

Die Erträge aus Entgelten nehmen gegenüber dem Budget 2007 um 29.4 Mio. Franken zu. Davon entfallen 14 Mio. Franken auf einen Aufwertungsgewinn, der durch die Aktivierung der Beteiligung an den Rheinhäfen resultiert. Mit der Zusammenlegung und Auslagerung der Rheinhäfen

Basel-Landschaft und Basel-Stadt entfallen im Gegenzug die Hafengebühren im Umfang von 5.1 Mio. Franken. Die leistungsabhängigen Erträge aus Pflanzsteuern und Erträge aus medizinischen Leistungen nehmen um 16.3 Mio. Franken zu, die Erträge aus Arzthonoraren um 1.9 Mio. Franken.

Die Verkehrsbussen werden aufgrund der Tempoerhöhung im Arisdorftunnel sowie der seit Jahren feststellbaren tendenziell rückläufigen Entwicklung der Übertretungsquoten im Strassenverkehr um 4.7 Mio. Franken tiefer budgetiert. Demgegenüber rechnen die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden mit einer Zunahme der Bussenerträge von 0.7 Mio. Franken.

Die Gebühren für Amtshandlungen nehmen insgesamt um 4.9 Mio. Franken zu, wobei die Gerichtsgebühren um 1.1 Mio. Franken steigen und die Bewilligungsgebühren um 1.1 Mio. Franken tiefer veranschlagt werden. Die Gebühren für übrige Amtshandlungen nehmen um 4.9 Mio. Franken zu (dies ist vor allem auf den aus heutiger Sicht zu tiefen Budgetwert 2007 bei den Gebühren bei den kantonalen Steuern zurückzuführen).

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

Der Ertragsrückgang von 40.6 Mio. Franken ist auf die Einführung der NFA zurückzuführen. Beim Anteil an der direkten Bundessteuer entfällt die Komponente Finanzkraft. Neu müssen die Kantone 83% des Steueraufkommens an den Bund abliefern (bisher 70%). Die erwarteten Erträge fallen entsprechend um 46 Mio. Franken tiefer aus. Der Anteil der Kantone am jährlichen Reinertrag der Verrechnungssteuer beträgt neu 10%. Es wird mit einer Ertragszunahme von 5.2 Mio. Franken gerechnet.

Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen

Folgende grössere Abweichung führen zu einem Rückgang: Rückerstattung von Kantonen an Gymnasien und gewerblich- industrielle Berufsschulen (+2.1 Mio. Franken), Rückerstattung vom Kanton Solothurn im Rahmen des Spitalabkommens (-1.9 Mio. Franken), Rückerstattung von Gemeinden für polizeiliche Dienstleistungen (-1.4 Mio. Franken).

Laufende Beiträge für eigene Rechnung

Massgebliche Änderungen resultieren aus der Umsetzung der NFA: Wegfall der Bundesbeiträge für Nationalstrassen (-4.8 Mio. Franken), Bundesbeiträge (+19.7 Mio. Franken) und Gemeindebeiträge (+6.5 Mio. Franken) an die Ergänzungsleistungen AHV/IV und Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung (6.5 Mio. Franken). Budgetiert ist ferner eine nachschüssige Zahlungsverpflichtung (einmalig) des Bundes bei der Prämienverbilligung von 18.3 Mio. Franken (vgl. Kap. 3.1).

Darüber hinaus beeinflussen folgende grössere Veränderungen das Gesamtergebnis dieser Kontengruppe:

- Gewinnanteil aus der Swiss Rhine Ports (+4.2 Mio. Franken)
- Bundesbeiträge für Berufsberatung infolge neuer Subventionspraxis (+13.3 Mio. Franken)
- Gemeindebeiträge an Heime und IV/Sonderschulen (+5.7 Mio. Franken)
- Abwassergebühren (-3.1 Mio. Franken).

Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds

Für die Abnahme massgebend sind folgende Positionen: Die 2007 budgetierte Entnahme von 30 Mio. Fr. aus dem Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben zur Finanzierung des Darlehens an die Universität entfällt. Für die rückwirkende Zahlungsverpflichtung an die IV im Umfang von 21.7 Mio. Franken werden die zu Lasten der Rechnung 2006 und 2007 für diesen Zweck gebildete bzw. zu bildende Rückstellung aufgelöst.

6 Interkantonale Zusammenarbeit

6.1 Bedeutung

Eine enge Kooperation mit den Kantonen Basel-Stadt, Aargau, Solothurn und weiteren Kantonen sowie mit Deutschland und Frankreich bildet die Voraussetzung für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort und einen attraktiven Wohnort Baselland mit dem Zentrum Basel. Mit den Nachbarkantonen Basel-Stadt, Aargau und Solothurn bestehen insgesamt über 90 finanzwirksame, vertragliche Dach- bzw. Einzelvereinbarungen. Die bedeutsamsten Zusammenarbeitsverträge des Kantons Basel-Landschaft bilden:

- die Universität Basel
- die Interkantonale Universitätsvereinbarung
- die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)
- das Spitalabkommen
- das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)
- das regionale Schulabkommen
- der Kulturvertrag und
- die Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)
- der Rheinhafenvertrag.

Die Fragen der Zusammenarbeit, welche die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffen, werden innerhalb einer Projektorganisation verhandelt. Den Verhandlungen werden die sogenannten Standards BS/BL zugrundegelegt (Regierungsratsbeschluss). Gegenwärtig werden Dossiers im Bereich der medizinischen Dienstleistungen, Kultur (Theater) und St. Jakob behandelt. Weitere Themen sind die Zusammenlegung von Dienststellen und der Leistungseinkauf.

6.2 Leistungsaustausch mit Basel-Stadt

Baselland wendet 2008 rund 9.2% des budgetierten Haushalts für die Abgeltung von Leistungen, die im Kanton Basel-Stadt erbracht werden (netto) oder für Beiträge an gemeinsame Aufgaben auf. Gegenüber dem Vorjahresbudget nehmen sie um insgesamt 16 Mio. Franken ab.

Bei den *Abgeltungen* (netto) handelt es sich um Leistungseinkäufe bzw. Leistungsverkäufe in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Volkswirtschaft/Umwelt, Kultur und Sicherheit. Die budgetierten Abgeltungen (netto) nehmen um 8.9 Mio. Franken zu. Zunahmen resultieren in den Bereichen Bildung (+12.7 Mio. Franken wovon Lehrerbildungs- und Schulabkommen -1.9 Mio. Franken; Sonderschulung und Jugendhilfe +5 Mio. Franken; Betreuung behinderter Erwachsener +9 Mio. Franken) und Kultur +0.7 Mio. Franken sowie Sicherheit +1.1 Mio. Franken (betreute Haft für Jugendliche +1.3 Mio. Franken). In den Bereichen Gesundheit (-2.1 Mio. Franken wovon Universitätsspital Basel -1.2 Mio. Franken) und Volkswirtschaft und Umwelt (-3.5 Mio. Franken wo-

von Wegfall Beiträge durch Zusammenlegung der Rheinhäfen -1.4 Mio. Franken; Abfallbewirtschaftung und -entsorgung -2 Mio. Franken) nehmen die Nettoabgeltungen ab.

Die *Beiträge an gemeinsame Aufgaben* sinken um insgesamt 24.8 Mio. Franken. Hauptverantwortlich für diese Abnahme ist der Wegfall des zinslosen Darlehens an die Universität von 30 Mio. Franken. Mit dem Abschluss der Anschubfinanzierung an das ETH-Institut für Systembiologie fallen weitere 5 Mio. Franken weg. Demgegenüber nehmen die Beiträge an die Universität (+ 4.3 Mio. Franken) zu.

Tabelle 8: Kennzahlen zum Leistungsaustausch mit Basel-Stadt.

in Mio. Fr.	R2004	R2005	R2006	B2007	B2008
Abgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	243	247	214	264	248
Abgeltungen und Beiträge in % des Laufenden Aufwandes	10.0%	10.0%	8.0%	10.0%	9.2%
Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben	5	5	5	15	28

Die Zunahme bei den *Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben* ist auf den Neubau des UKBB zurückzuführen.

6.3 Berichterstattung zum Budget von Gemeinsamen Trägerschaften

Universitäts-Kinderspital beider Basel

Das Budget 2008 des UKBB basiert auf einem stationären Leistungsvolumen von 40'000 Pflgetagen, was dem Wert 2006 und auch der erwarteten Leistung 2007 entspricht, jedoch unter dem Budgetwert 2007 (41'000) liegt. Durch die Einführung von AP DRG in der Abrechnung mit der Invalidenversicherung wird mit einer Zunahme des Ertrags von 1 Mio. Franken von ausserkantonalen Patienten gerechnet. Der für die Abrechnung mit den Trägerkantonen massgebende Bruttosatz von 1'400 Franken pro Pflgetag bleibt konstant. Die Beiträge der Kantone BS und BL für den stationären Leistungseinkauf sind gegenüber dem Jahr 2006 um 269'000 Franken tiefer budgetiert. Die ambulanten Erträge sind aufgrund von Mehrleistungen und einem höheren Taxpunktwert um 530'000 Franken höher budgetiert als in der Jahresrechnung 2006.

Die Beiträge für Lehre und Forschung wurden in der auf vorerst drei Jahre abgeschlossenen Leistungsvereinbarung mit der Universität Basel ab 2007 auf 10.7 Mio. Franken festgelegt. Die Beiträge der Trägerkantone BS und BL für übrige Leistungen verbleiben gemäss Leistungsvereinbarung wie im Vorjahresbudget bei 7 Mio. Franken.

Insgesamt ergeben sich somit Mehrerträge von 1.6 Mio. Franken gegenüber der Jahresrechnung 2006.

Die Personalkosten nehmen gesamthaft von 67.3 auf 68.3 Mio. Franken (+1.5%) zu, liegen aber unter dem Budgetwert 2007 von 68.5 Mio. Franken. Hauptgrund sind die notwendigen Einstellungen im Bereich OPs und Anästhesie aufgrund der erhöhten Patientenzahlen, die Einführung von AP DRG, sowie die Umsetzung der Forschungsstrategie. Ausserdem wurde ein Teuerungs-

ausgleich gemäss der vom Bundesamt für Statistik prognostizierten Jahreststeuerung von 0.6% ins Budget aufgenommen.

Der Sachaufwand bleibt gegenüber der Jahresrechnung 2006 weitgehend konstant. Zunahmen im Vergleich mit der Jahresrechnung 2006 in den Bereichen Fremdarbeiten Projekte (+556'000 Franken), Abschreibungen (+305'000 Franken) und Zinsen (+212'000) stehen Abnahmen im medizinischen Bedarf (-610'000 Franken) und Äufnung Selbstbehalt Haftpflicht (- 594'000 Franken) gegenüber.

Unter dem Strich ergibt sich für das Jahr 2008 ein budgetiertes Betriebsergebnis von -108'000 Franken.

Fachhochschule Nordwestschweiz

Die Finanzierungsbeiträge der Trägerkantone an die FHNW sind im mehrjährigen Leistungsauftrag für die Periode 2006–2008 von den Parlamenten verbindlich festgelegt worden. Die Beiträge gelten als Vorgabe, innerhalb derer die FHNW zu budgetieren hat, bei einem Gesamtbudget im laufenden Jahr von rund 315 Mio. Franken. Aufgrund der internen terminlichen Planung des Budgetierungsprozesses der FHNW verabschiedet der Fachhochschulrat das Budget jeweils erst Dezember des Vorjahres zuhanden des Regierungsausschusses FHNW. Gemäss Staatsvertrag muss die FHNW einen allfälligen Aufwandüberschuss auf das nächste Jahr vortragen und innerhalb der folgenden drei Jahre kompensieren; das Budget 2008 wird entsprechend auf dieses Ziel ausgerichtet. Der Fachhochschulrat geht nach Abschluss des ersten Jahres der Leistungsauftragsperiode davon aus, dass die Einhaltung des Leistungsauftrags 2006-2008 und des darin von den Trägerkantonen insgesamt vorgegebenen Finanzrahmens gewährleistet werden kann (vgl. Vorlage 2007/040-06).

Universität Basel

Die Globalbeiträge für die Universität Basel sind im Leistungsauftrag für die Jahre 2007–2009 von den Parlamenten der Trägerkantone verbindlich festgelegt worden. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft für das Jahr 2008 beträgt 131.6 Mio. Franken. Die Beiträge der Trägerkantone gelten als Vorgabe, innerhalb derer die Universität zu budgetieren hat, bei einem Gesamtbudget von rund 500 Mio. Franken. Aufgrund der internen terminlichen Planung des Budgetierungsprozesses der Universität verabschiedet der Universitätsrat das Budget jeweils erst im Dezember des Vorjahres zuhanden der Regierungen der Trägerkantone. Über das Budget 2008 der Universität können zum heutigen Zeitpunkt daher noch keine Aussagen gemacht werden. Ziel des Universitätsrates ist ein ausgeglichenes Budget gemäss Leistungsauftrag.

Motorfahrzeugprüfstation beider Basel (MFP)

Die Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel (MFP) führt im Auftrag der beiden Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft die vom Gesetzgeber vorgesehenen amtlichen Fahrzeug- und Führerprüfungen durch und erhebt hierfür einheitliche und kostendeckende Gebühren, welche von den beiden Regierungen festgelegt werden. Das Budget 2008 der MFP rechnet mit einem Aufwand von 9.057 Mio. Franken (Budget 2007 9.038 Mio. Franken) und mit einem Ertrag von 9.057 Mio. Franken (Budget 2007 9.038 Mio. Franken). Die MFP rechnet somit mit einem ausgeglichenen Saldo im Jahre 2008.

7 Investitionsrechnung

7.1 Investitionsniveau

Bei den Investitionsausgaben (Bruttoinvestitionen) ist eine Abnahme von 20.1 Mio. Franken auf 226 Mio. Franken budgetiert. Der Rückgang ist vorwiegend durch die Übertragung der Nationalstrassen an den Bund im Rahmen der NFA begründet, wodurch die Investitionen für die Erneuerung und Veränderung der Nationalstrassen entfallen. Als Ausnahme wird das laufende Projekt des Erhaltungsabschnittes Basel-Augst im Auftrag des Bundes durch den Kanton Basel-Landschaft zu Ende geführt (vollständige Finanzierung durch Bundesbeiträge).

Tabelle 9: Investitionen im weiteren Sinne.

in Mio. Fr.	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Abweichung vom Vorjahr	
Nettoinvestitionen	89.4	116.1	129.9	13.8	11.9%
+ Investitionseinnahmen	100.3	130.0	96.2	-33.9	-26.0%
<i>wovon aus Spezialfinanzierungen</i>	0.0	55.9	76.3	20.4	36.5%
= Bruttoinvestitionen (Investitionsausgaben)	189.7	246.1	226.0	-20.1	-8.2%
+ Beiträge an Investitionen Dritter	55.0	53.5	42.5	-11.0	-20.6%
= Investitionen im weiteren Sinne	244.7	299.6	268.5	-31.1	-10.4%

Auch die Investitionseinnahmen nehmen ab. Da die Reduktion mit 33.9 Mio. Franken (auf 96.2 Mio. Franken) höher ausfällt als diejenige bei den Investitionsausgaben, steigen die Nettoinvestitionen um 13.8 Mio. Franken auf ein Niveau von 130 Mio. Franken an.

Hauptverantwortlich für den Rückgang der Investitionseinnahmen ist der Wegfall der Bundesbeiträge für die Nationalstrassen sowie für die Umfahrung Sissach. Dieser Rückgang kann nicht vollständig durch die Einnahmen der spezialfinanzierten Projekte kompensiert werden, welche entsprechend dem geplanten Baufortschritt im Investitionsbudget enthalten sind.

Im Investitionsbudget 2008 sind folgende spezialfinanzierte Projekte enthalten:

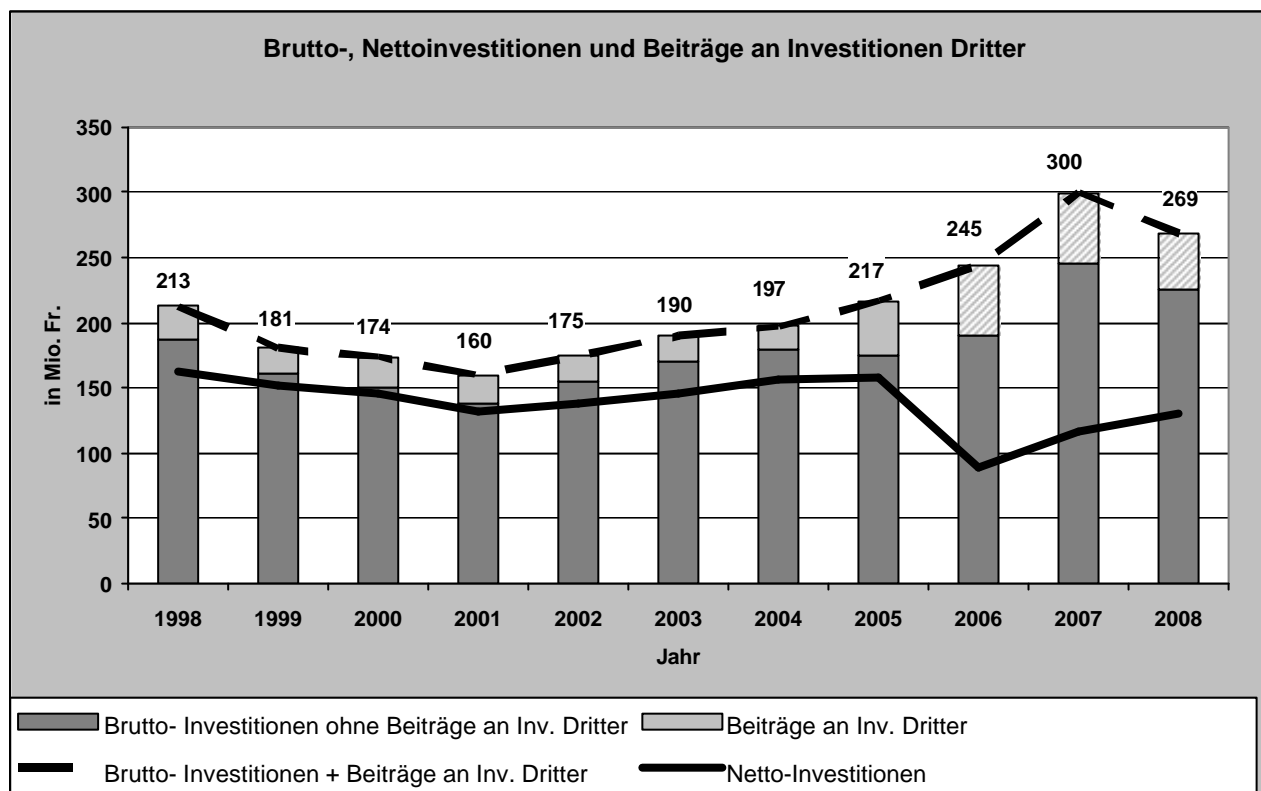
- H2 Pratteln-Liestal: Tranche 2008: 45 Mio. Fr., spezialfinanziert durch Mehrerträge aus der Aufhebung des Verkehrssteuerrabatts
- UKBB Neubau: Tranche 2008: 28 Mio. Fr., spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung von Projekten mit regionaler Bedeutung
- Hochschule für Pädagogik und Sozialarbeit der FHNW: Tranche 2008: 0.3 Mio. Fr., spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung von Projekten mit regionaler Bedeutung
- Kantonsspital Bruderholz (KSB 2000 Plus): Tranche 2008: 3 Mio. Franken; spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung Kantonsspital Bruderholz.

Diese spezialfinanzierten Projekte tangieren die Nettoinvestitionen nicht, da die Investitionsausgaben vollständig durch Investitionseinnahmen gedeckt sind.

Für Wirtschaft und Gewerbe massgebend sind die Bruttoinvestitionen sowie die Beiträge an Investitionen Dritter (Investitionen im weiteren Sinne = Bruttoinvestitionen + Beiträge an Investitionen Dritter). Die in der Laufenden Rechnung verbuchten Beiträge an Investitionen Dritter nehmen gegenüber dem Vorjahresbudget um 11 Mio. Franken auf ein Niveau 42.5 Mio. Franken ab. Zusammen mit den Bruttoinvestitionen von 226 Mio. Franken aus der Investitionsrechnung belaufen sich die Investitionen im weiteren Sinne auf 269 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr

bedeutet dies eine Abnahme von 31 Mio. Franken. Wie aus der Abbildung 4 hervorgeht, ist dies ein Niveau, das weit über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre liegt.

Abbildung 4: Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter.



7.2 Investitionsbudget 2008

Der Bereich Tiefbau macht bei den Bruttoinvestitionen im Budget 2008 mit 132.1 Mio. Franken oder 58.4% den Löwenanteil aus. Das grösste Projekt im Tiefbau im Jahr 2008 ist die H2 Pratteln – Liestal. Die für die Erneuerung und den Ausbau von Kantonsstrassen sowie für den Betrieb und Erhalt von Hochleistungsstrassen eingestellten Budgetkredite sind notwendig für einen nachhaltigen Erhalt der vorhandenen Bausubstanz.

Der Bereich Hochbau ist im Budget 2008 mit Bruttoinvestitionen in der Höhe von 54.5 Mio. Franken eingestellt. Das entspricht 24.1% des gesamten Investitionsvolumens. Die bedeutendsten Projekte im Hochbau im Jahr 2008 sind der Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB), die Sanierung inkl. Erweiterung und sicherheitsrelevante Massnahmen im Kantonsspital Bruderholz und das Strafjustizzentrum in Muttenz. Mit der Aufstockung der Sammelpositionen für Haustechnikanlagen sowie für Um- und Ausbau von Gebäuden soll auch im Hochbau die nachhaltige Werterhaltung gewährleistet werden.

In den Spitalbetrieben sind Bruttoinvestitionen von 13.9 Mio. Franken (6.1%) budgetiert, wobei 8.7 Mio. Franken auf bauliche Investitionen fallen. Mit der Einführung des Globalbudgets erhalten die Spitalbetriebe neu die Kompetenz für den baulichen Unterhalt. Bei den weiteren Investitionen handelt es sich um Investitionen in Maschinen und Apparate in den Spitalbetrieben.

Abbildung 5: Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen für die Budgetjahre 2007/2008.

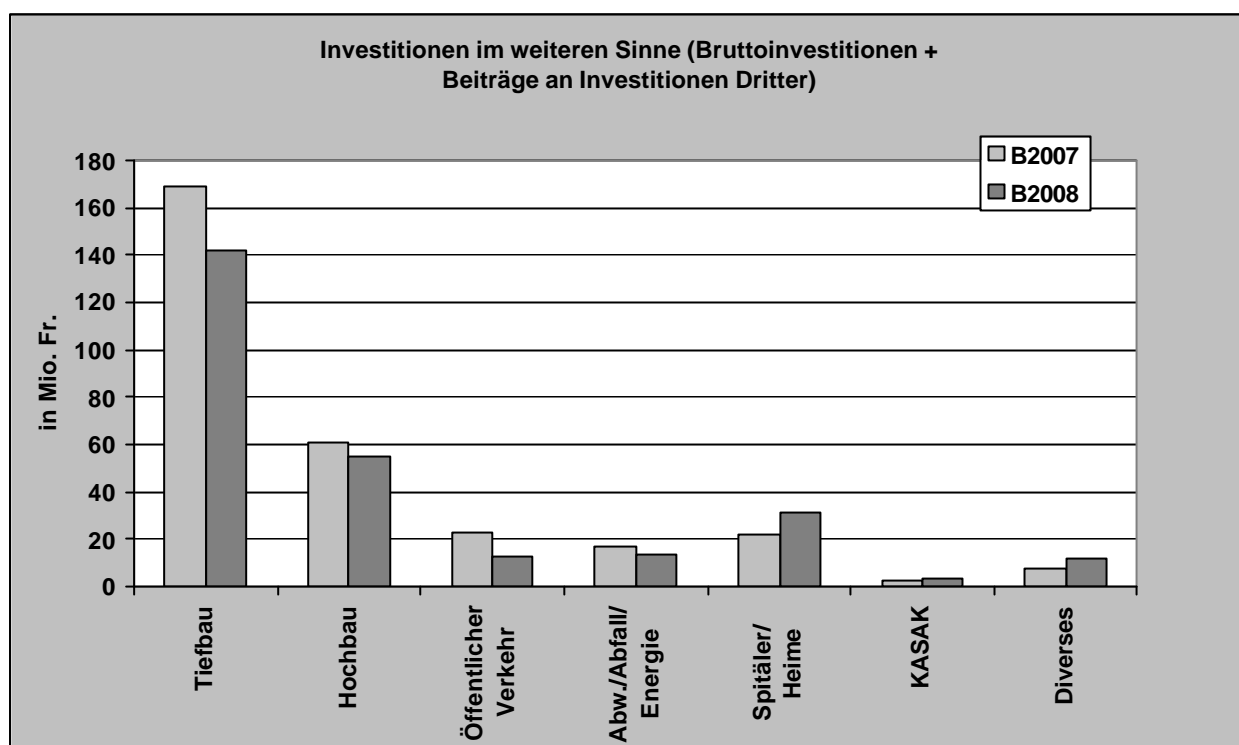


Tabelle 10: Überblick über die wichtigsten Investitionsprojekte (Investitionsausg. in Mio. Fr.).

Bereich	Projekt	Kredit	R 2006	B 2007	B 2008	F 2009	F 2010	F 2011
Tiefbau	H2 Pratteln - Liestal *	248	3.5	31	45	40	40	25
	Erneuerungen Kantonsstrassen		11	15	15	15	15	15
	Ausbau Kantonsstrassen		6	9	9	9	9	9
	Erneuerungen kantonale Hochleistungsstrassen		9.7	12.3	15	7	7.5	14.5
	Umfahrung Sissach	274	31.3	15	6	3		
	Erhaltungsabschnitt Basel-Augst				15.4			
	Hochbau	UKBB Neubau (Anteil BL 1/2) *	74.7	1.1	15	28	33	6
KS Bruderholz Sicherheitsmassn. Etappe 2		25		5	8	8	7	
KS Bruderholz KSB 2000 Plus *		386		2.5	3	15	12	70
Strafjustizzentrum Muttenz		68	0.4		2.1	2.4	10	23
Haustechnikanlagen			1.1	1	1.8	4.5	4.5	4.5
Um- und Ausbau von Gebäuden			3.4	4.2	5	12	12	12
Spitäler	bauliche Massnahmen/Instandsetzung				6.5	10.7	10.7	10.7
	Maschinen/Apparate				5.2			
Abwasser Abfall	Sanierung Biologie ARA Ergolz 2				2.5	2.5	1	
	Mischwasserbeh. Region Birstal	24.7	0.7	2.2	2.5	3.5	3	
	Tunnelsanierung Elbisgraben			0.1	1.9	0.1		
Diverse	Polycom Sicherheitsfunknetz	12.1	0.1	6.5	9.3	2.7		

* Spezialfinanzierte Projekte

Im Bereich Abwasser/Abfall/Energie betragen die Bruttoinvestitionen im Budget 2008 13.8 Mio. Franken. Das entspricht einem Anteil von 6.1%. Im Vordergrund stehen die Sanierung Biologie ARA Ergolz 2, die Mischwasserbehandlung der Region Birstal sowie die Tunnelsanierung E-bisgraben.

Des Weiteren sind im Investitionsbudget 9.3 Mio. Franken für das Sicherheitsfunknetz Polycom eingeplant.

In der Laufenden Rechnung 2008 sind die folgenden Beiträge an Investitionen Dritter im Gesamtumfang von 42.5 Mio. Franken enthalten:

- Beiträge an Alters- und Pflegeheime: 17.0 Mio. Franken
- Beiträge an Trasseebau beim öffentlichen Verkehr: 9.8 Mio. Franken
- Beiträge an Regio S-Bahn (inkl. S9 Läuelfingen-Sissach): 12.5 Mio. Franken
- Beiträge an KASAK: 3.2 Mio. Franken.

8 Finanzierungssaldo und Verschuldung

Im Voranschlag 2008 resultiert ein Finanzierungssaldo von -30.4 Mio. Franken, welcher zu einer entsprechenden Neuverschuldung führt. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz⁵ ist dies der Rahmen, in welchem der Regierungsrat Staatsanleihen auflegen kann. Es ist absehbar, dass der aufgrund der Neuverschuldung zusätzliche Kapitalbedarf mit eigenen Mitteln abgedeckt werden kann.

9 Finanzplan 2008 – 2011

Der Finanzplan ist ein mehrjähriges Planungsinstrument und wird jährlich überarbeitet. Sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite ist der Finanzplan mit zahlreichen Unsicherheiten verbunden. Dies gilt umso mehr, je weiter der Prognosezeitpunkt vom Zeitpunkt der Finanzplanerarbeitung entfernt liegt. Er basiert auf Annahmen betreffend Teuerung und Wirtschaftswachstum und enthält die von den Direktionen gemeldeten Projekte, ohne dass die konkrete Finanzierung bereits sichergestellt wäre. Im Rahmen des jeweiligen Budgetprozesses findet eine Präzisierung der Vorhaben und eine Überprüfung der Finanzierbarkeit statt. Die Vorhaben unterliegen einem Priorisierungsprozess: Notwendige Projekte bleiben im Budget, wünschbare Projekte werden auf später verschoben. Es ist daher plausibel, dass die Prognosen für ein bestimmtes Finanzplanjahr immer schlechter sind als das entsprechende Budget. Der Finanzplan hat somit nicht den Charakter eines Businessplanes, welcher die vom Regierungsrat angestrebten finanziellen Zielgrössen abbildet. Der Finanzplan ist viel mehr eine "wenn-dann"-Planung, welche auf möglichst realitätsnahen Annahmen für die Zukunft ("wenn") basiert und deren finanzielle Auswirkungen auf den Kantonshaushalt ("dann") abschätzt.

Der vorliegende Finanzplan 2008 – 2011 basiert auf dem Stand des Budgets 2008 und auf der Annahme einer leicht abgeschwächten, aber weiterhin positiven wirtschaftlichen Entwicklung.

⁵ § 35 Absatz 1 Buchstabe f

Table 11: Prognose der wirtschaftlichen Eckdaten für die Finanzplanperiode.

Veränderungen in %	2008	2009	2010	2011
BIP real CH	2.0	1.8	1.8	1.8
Teuerung	1.2	1.2	1.2	1.2
Zinsen Kapitalmarkt	3.3	4.1	4.1	4.1

Im Finanzplan 2008-2011 wird von einem konstanten Volumen der Nettoinvestitionen von 130 Mio. Franken ausgegangen.

Im Finanzplan sind folgende wichtigen Prognosen und Entwicklungen berücksichtigt:

Im *Personalaufwand* sind die Kosten des Teuerungsausgleichs und des Erfahrungsstufenanstiegs berücksichtigt. Es ist kein Stellenausbau eingeplant.

Beim *Steuerertrag* sind folgende in der Legislaturperiode geplanten Gesetzesrevisionen berücksichtigt: Ab 2009 Revision der Erbschafts- und Schenkungssteuer: -10 Mio. Franken; ab 2010: Umsetzung Unternehmenssteuerreform II des Bundes: -10 Mio. Franken; ab 2011: Revision der Vermögenssteuer: -30 Mio. Franken. Beim *Anteil an der direkten Bundessteuer* wird ein kumulierter Anstieg bis ins Jahr 2011 von 9 Mio. Franken prognostiziert.

Im *Sozialbereich* (Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (netto), Prämienverbilligung (netto)) werden bis ins Jahr 2011 Mehraufwendungen im Umfang von 9 Mio. Franken erwartet. *Die zweite Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung* wird zu einer Mehrbelastung von 20 Mio. Franken führen (ab 2009).

Im Finanzplan ist im Jahr 2009 eine *Erhöhung der Beiträge an die Universität und an die Fachhochschule Nordwestschweiz* von 3 Mio. Franken respektive 4.8 Mio. Franken enthalten. Über eine allfällige Beitragserhöhung ab 2010 (neue Leistungsvereinbarungen) liegen noch keine Erkenntnisse vor, die im Finanzplan berücksichtigt werden konnten.

Im Finanzplan berücksichtigt sind die finanziellen Auswirkungen von folgenden geplanten Vorhaben (Liste nicht abschliessend): Folgeplanung II der kantonalen Psychiatrischen Dienste, Umsetzung Internet an Sekundarschule I und Primarschulen, Informatik-Projekt KANADA, Forschungszentrum für Polytronics (CSEM).

Mit dem Budget 2007 wurde die letzte Tranche der GAP-Massnahmen umgesetzt und das Projekt bis auf zwei Restanzen (fallorientierte Abgeltung in Spitälern, Überprüfung Neustrukturierung Sekundarschulkreise) abgeschlossen. Bei der Überprüfung der Sekundarschulkreise wird angenommen, dass die Entlastungen erst nach der Finanzplanperiode zu greifen beginnen. Die geplante Entlastung aus der fallorientierten Abgeltung in den Spitälern wird ab dem Jahr 2010 mit 3 Mio. Franken berücksichtigt.

Tabelle 12: Finanzplan 2008-2011.

in Mio. Fr.	R 2006	E 2007	B 2008	F 2009	F 2010	F 2011
Aufwand	2'664	2'626	2'690	2'767	2'809	2'837
Ertrag	2'685	2'669	2'692	2'718	2'772	2'802
Saldo Laufende Rechnung	21	43	3	-49	-37	-35
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	117	102	97	100	103	106
Selbstfinanzierung	138	145	99	51	66	71
Nettoinvestitionen	89	124	130	130	130	130
Finanzierungssaldo	48	21	-30	-79	-64	-59
Selbstfinanzierungsgrad	154%	117%	77%	39%	51%	55%

Der Finanzplan zeigt, dass sich die Entspannung der Finanzlage tendenziell fortsetzen wird. Dennoch ist absehbar, dass auch künftig nicht alles Wünschbare realisiert werden kann. Es bedarf weiterhin einer strengen Ausgabendisziplin, um den Kantonshaushalt auch in den kommenden Jahren im Lot zu halten. Die Einführung einer kantonalen Defizitbremse wird diese Zielsetzung nachhaltig unterstützen.

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand wird die Rechnung 2007 mit einem Saldo der Laufenden Rechnung von ca. 43 Mio. Franken besser abschliessen als das Budget. Der erwartete Saldo liegt somit um ca. 52 Mio. Franken über dem budgetierten Saldo von -9 Mio. Mio. Franken. Hauptverantwortlich sind die deutlich über den Budgeterwartungen liegenden Steuererträge.

10 Geänderte Leistungsaufträge

Parallel zum Budget 2008 haben die Landeskantlei und die Direktionen ihre Leistungsaufträge überprüft und wo erforderlich geändert. Die geänderten und vom Regierungsrat genehmigten Leistungsaufträge werden dem Landrat hiermit zur Kenntnis gebracht.

Der Regierungsrat hat die geänderten Leistungsaufträge 2008 der nachfolgend aufgeführten Dienststellen der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion, der Bau- und Umweltschutzdirektion sowie der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion sowie der Allgemeinen Verwaltung genehmigt.

Übersicht über geänderte und vom Regierungsrat genehmigte Leistungsaufträge

Allgemeine Verwaltung

Der bestehende Leistungsauftrag des Staatsarchivs musste aufgrund personeller Änderungen angepasst werden. Gleichzeitig wird die Produktstruktur gestrafft und angepasst.

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

Mit der Einführung der Globalbudgets wurden die Leistungsaufträge der Spitalbetriebe überarbeitet. Bezüglich Produktgruppen/Produkte wurden keine Änderungen vorgenommen. Neu werden Leistungsziele als Bestandteil der Leistungsaufträge formuliert.

Bau- und Umweltschutzdirektion

Durch den Übergang der Nationalstrassen an den Bund infolge Umsetzung der NFA mussten die Leistungsaufträge des Tiefbauamtes entsprechend angepasst werden. Zudem wird die Zentrale Beschaffungsstelle (ZBS) in den Leistungsauftrag des Generalsekretariates integriert. Dabei wird festgelegt, dass die ZBS für das Beschaffungswesen der ganzen Verwaltung zuständig ist.

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

Der Leistungsauftrag des Generalsekretariates musste aufgrund von organisatorischen Änderungen und infolge einer neuen Produktegruppe (Fund- und Verwertungswesen, neue Rubrik 2408) überarbeitet werden. Die organisatorische Änderung betrifft die Integration der Kommunikation und der Fachstelle für häusliche Gewalt in das Generalsekretariat.

11 Anträge

1. Dem Budget 2008 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwand von 2'689.7 Mio. Franken (einschliesslich Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 96.8 Mio. Franken) und einem Ertrag von 2'692.4 Mio. Franken, was einen Ertragsüberschuss von 2.7 Mio. Franken ergibt, wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsbudget 2008 mit Ausgaben von 226.0 Mio. Franken und Einnahmen von 96.2 Mio. Franken, ergebend einen Ausgabenüberschuss von 129.9 Mio. Franken, wird zugestimmt.
3. Von der Gesamtrechnung, bestehend aus einem Ertragsüberschuss in der Laufenden Rechnung von 2.7 Mio. Franken, Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 96.8 Mio. Franken, einem Ausgabenüberschuss in der Investitionsrechnung von 129.9 Mio. Franken, was einen Finanzierungsbedarf von 30.4 Mio. Franken ergibt, wird Kenntnis genommen.
4. Die geänderten Leistungsaufträge des Staatsarchivs, der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion, der Bau- und Umweltschutzdirektion sowie der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion werden zur Kenntnis genommen. Gemäss § 4 Abs. 2 und § 5 Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz wird diesen Dienststellen die Kreditverschiebungskompetenz erteilt.

Liestal, 18. September 2007

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin: Sabine Pegoraro

Der Landschreiber: Walter Mundschin

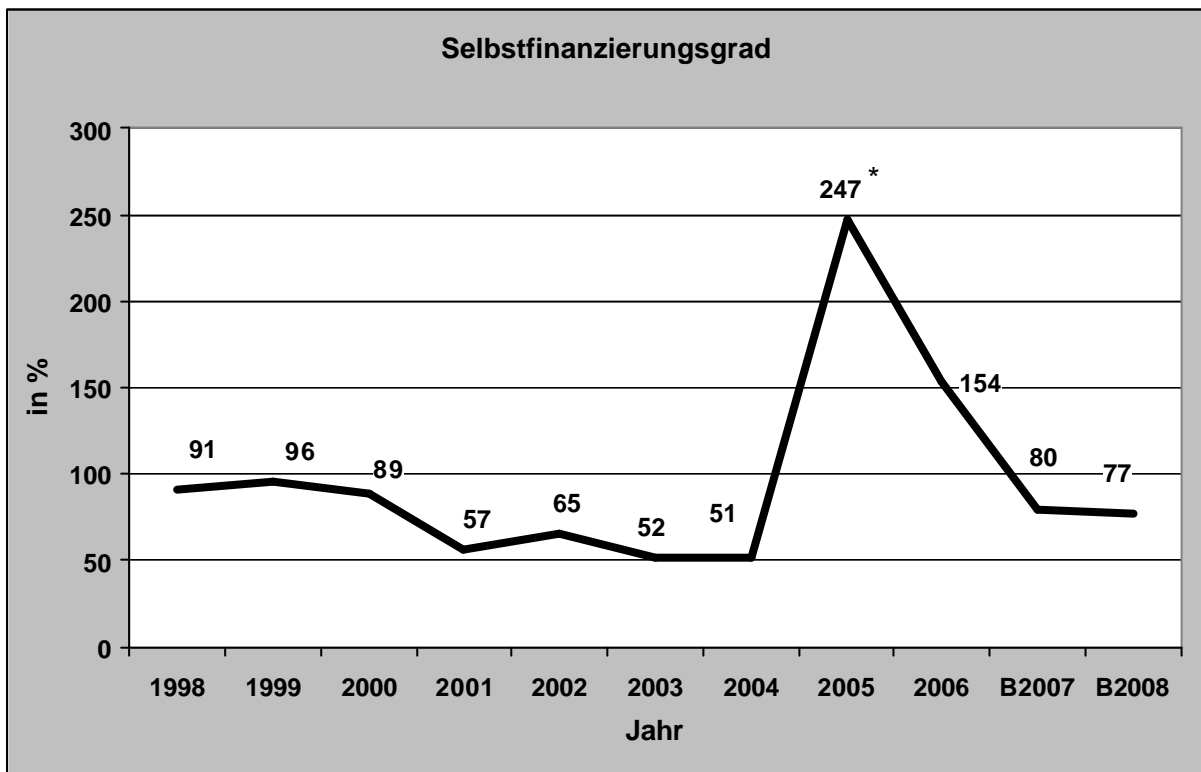
A Anhang

A.1 Entwicklung Staatshaushalt und Kennzahlen

A.1.1 Entwicklung Staatshaushalt

Nachfolgend ist die Entwicklung des Staatshaushaltes anhand der wichtigsten Kennzahlen grafisch aufgezeigt.

Abbildung 6: Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad.



* Die Rechnung 2005 war geprägt durch eine Reihe von Sonderfaktoren: a.o. Ertrag 627 Mio. Franken (Ausschüttung Goldreserven, Steuererträge aus Vorjahren), a.o. Aufwand 613 Mio. Franken (Abschreibung Investitionsbeiträge, div. Rückstellungen).

Abbildung 7: Entwicklung Saldo der Laufenden Rechnung und Wirtschaftswachstum.

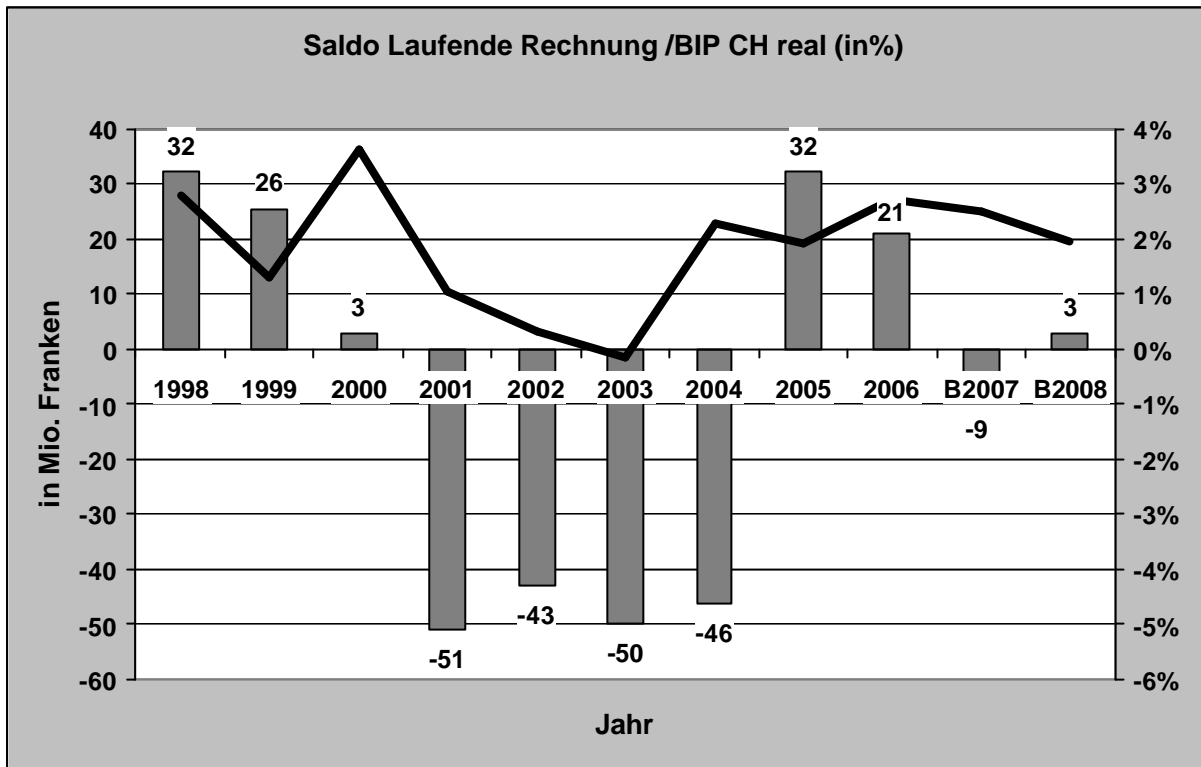
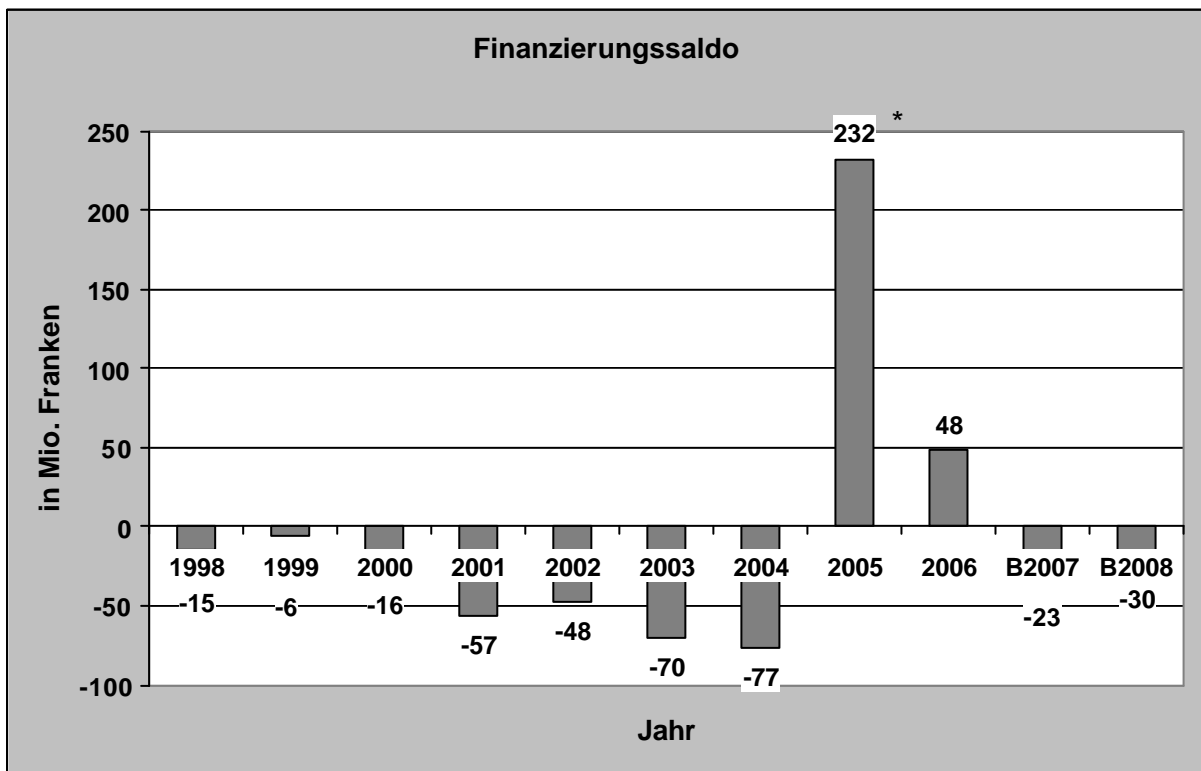


Abbildung 8: Entwicklung Finanzierungssaldo.



* Die Rechnung 2005 war geprägt durch eine Reihe von Sonderfaktoren: a.o. Ertrag 627 Mio. Franken (Ausschüttung Goldreserven, Steuererträge aus Vorjahren), a.o. Aufwand 613 Mio. Franken (Abschreibung Investitionsbeiträge, div. Rückstellungen).

Abbildung 9: Entwicklung Eigenkapital.

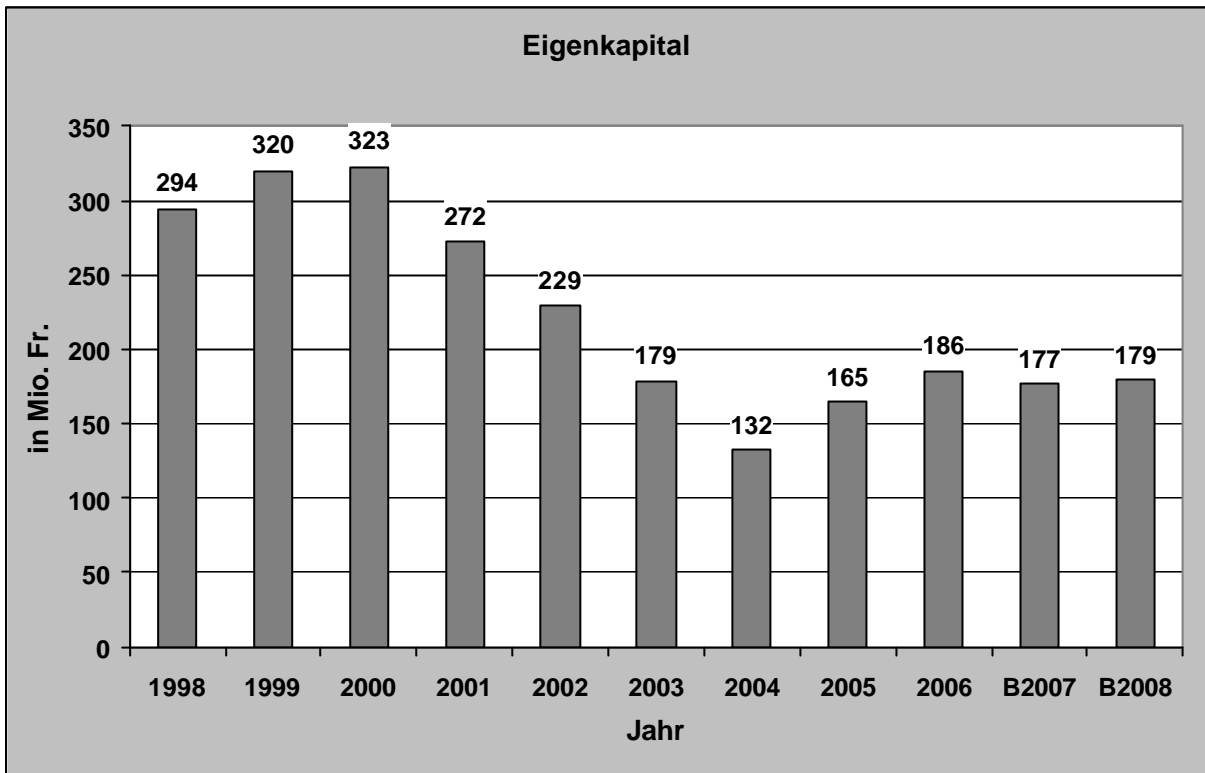
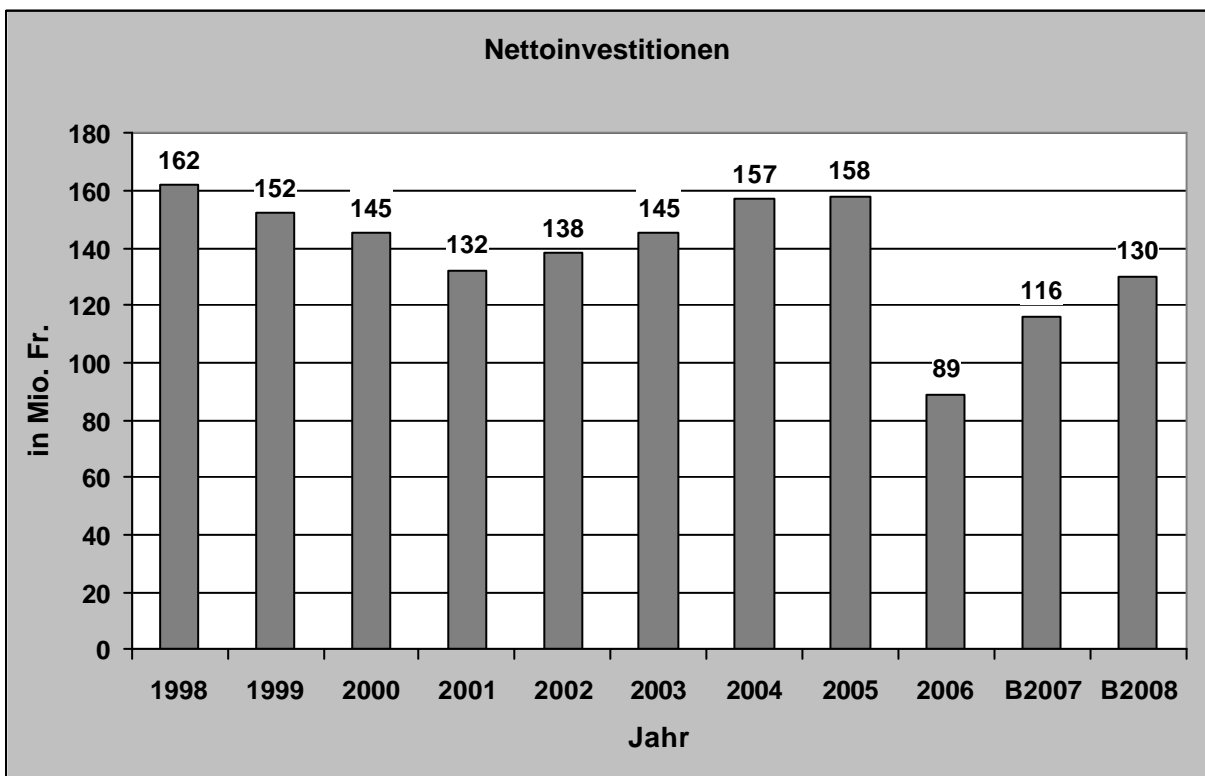


Abbildung 10: Entwicklung Nettoinvestitionen.



A. 1.2 Weitere Finanzkennzahlen

Die Entwicklung des Staatshaushalts kann anhand weiterer ausgewählter Finanzkennzahlen (für die Definitionen vgl. Tabelle 14) beurteilt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kennzahlen, die sich auf das Volkseinkommen beziehen (Staats-, Steuer- und Investitionsquoten) für die Jahre 2005-2008 auf Prognosewerten des Volkseinkommens basieren, da der Bund noch keine Daten über das kantonale Volkseinkommen dieser Jahre publiziert hat.

Tabelle 13: Finanzkennzahlen.

in %	R 2003	R 2004	R 2005	R 2006	B 2007	B 2008
Staatsquote	16.1%	16.9%	17.0%	16.5%	16.9%	16.5%
Steuerquote	8.9%	8.8%	10.3%	9.4%	8.4%	8.3%
Brutto-Investitionsquote	1.4%	1.4%	1.5%	1.3%	1.6%	1.4%
Netto-Investitionsquote	1.1%	1.1%	1.1%	0.6%	0.7%	0.8%
Selbstfinanzierungsgrad	51.6%	51.2%	247.3%	154.0%	79.9%	76.6%
Neuverschuldungsgrad	48.4%	48.8%	-147.3%	-54.0%	20.1%	23.4%
Kapitaldienstanteil	4.4%	4.0%	3.1%	1.8%	2.1%	1.9%
Zinsbelastungsanteil	-1.1%	-1.3%	-1.1%	-2.1%	-2.0%	-1.8%
Investitionsanteil	9.0%	8.7%	7.4%	7.4%	9.9%	8.7%
Transferanteil	40.5%	41.6%	34.3%	39.1%	42.4%	41.9%

Gegenüber dem Vorjahresbudget sinkt die **Staatsquote** um 0.4 Prozentpunkte. Das heisst, die konsolidierten Gesamtausgaben des Kantons steigen weniger stark als das Volkseinkommen.

Die **Steuerquote** sinkt leicht um 0.1 Prozentpunkte. Das heisst, die Entwicklung der Steuereinnahmen des Kantons (exkl. Verkehrssteuern) verläuft schwächer als das Wachstum des Volkseinkommens. In der Zeitreihe der Tabelle 13 sind die Effekte der ausserordentlichen Steuererträge in den Jahren 2005 und 2006 sowie die Auswirkungen der Steuerreformen 2007 und 2008 deutlich erkennbar. Die Steuerquote für 2008 liegt mit 8.3% nun deutlich unter dem Niveau von 2003.

Der Rückgang der Investitionsausgaben schlägt sich in einer Abnahme der **Bruttoinvestitionsquote** von 1.6 % auf 1.4 % nieder. Durch die Erhöhung der Nettoinvestitionen steigt die **Nettoinvestitionsquote** um 0.1 Prozentpunkte an.

Der **Neuverschuldungsgrad** steigt von 21.1% auf 23.4%. Das heisst, dass 2008 ca. 77 % der Investitionen ohne Neuverschuldung selbst finanziert werden können.

Der **Kapitaldienstanteil** verzeichnet eine Abnahme von 0.2 Prozentpunkten. Dies ist vor allem bedingt durch das Wachstum des bereinigten Ertrags sowie durch die Abnahme der ordentlichen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens.

Der **Zinsbelastungsanteil** ist weiterhin negativ, da der Nettovermögensertrag grösser bleiben wird als die Passivzinsen. Da die Bruttoinvestitionen abnehmen, der bereinigte Ertrag aber zunimmt, resultiert beim **Investitionsanteil** eine Abnahme um 1.2 Prozentpunkte.

Da die Transferausgaben proportional weniger stark steigen als die konsolidierten Gesamteinnahmen sinkt der **Transferanteil** um 0.5 Prozentpunkte.

Tabelle 14: Definition Finanzkennzahlen.

Staatsquote:	Konsolidierte Gesamtausgaben ⁶ in % des Volkseinkommens ⁷
Steuerquote:	Allgemeine Steuern (Kontogruppe 40 minus 406) in % des Volkseinkommens.
Brutto-Investitionsquote:	Brutto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Netto-Investitionsquote:	Netto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Selbstfinanzierungsgrad:	Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen.
Neuverschuldungsgrad:	Finanzierungssaldo in % der Nettoinvestitionen.
Kapitaldienstanteil:	Passivzinsen und ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen abzüglich Nettovermögensertrag ⁸ in % des bereinigten Ertrags ⁹ .
Zinsbelastungsanteil:	Passivzinsen abzüglich Nettovermögensertrag in % des bereinigten Ertrags.
Investitionsanteil:	Eigene Investitionen (Investitionen in Sachgüter plus Eigene Investitionsbeiträge) in % des bereinigten Ertrags.
Transferanteil:	Transfers (Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung plus Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen, Eigene Laufende Beiträge, Eigene Investitionsbeiträge) in % der konsolidierten Gesamteinnahmen ¹⁰ .

⁶ Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung ohne Abschreibungen, durchlaufende Beiträge, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen.

⁷ Das kantonale Volkseinkommen wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) für alle Kantone ermittelt. Es ist die einzige Kennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auf Kantonsebene berechnet wird. Die aktuellste Angabe des BFS zum Baselbieter Volkseinkommen ist der provisorische Wert für das Jahr 2004. Die Zahlen für 2005 bis 2008 sind aufgrund der für diese Jahre angenommenen Wachstumsraten des kantonalen Volkseinkommens hochgerechnet. Die ausgewiesenen Quoten für diese Jahre werden ändern, sobald das definitive Volkseinkommen des BFS für 2004 und neue Wachstumsprognosen der BAK vorliegen.

⁸ Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen.

⁹ Ertrag Laufende Rechnung abzüglich Durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds sowie interne Verrechnungen.

¹⁰ Gesamteinnahmen abzüglich Durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen, durchlaufende Investitionsbeiträge.

A.2 Glossar

Abschreibungen	Abschreibungen bilden den Wertverzehr einer Anlage durch ihren Gebrauch ab. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz wird das Verwaltungsvermögen mit 10% des Restbuchwertes abgeschrieben.
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	Gesetzliche Anteile anderer Gemeinwesen am Ertrag bestimmter Abgaben sowie sonstige Beiträge, bei denen das begünstigte Gemeinwesen frei den Verwendungszweck bestimmt.
Aufwand	Ausgaben der Laufenden Rechnung bezogen auf eine Rechnungsperiode, wie z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsen, Beiträge usw. Ausgaben, die Vermögenswerte mit mehrjähriger Nutzung schaffen und den Betrag von Fr. 200'000.- übersteigen, werden in der Investitionsrechnung verbucht und belasten die Laufende Rechnung über die Abschreibungen.
Beiträge an Investitionen Dritter	Geldwerte Leistungen, mit denen beim Empfänger dauerhafte Vermögenswerte begründet werden. Diese Beiträge werden in der Laufenden Rechnung verbucht.
Beiträge für eigene Rechnung	Eingehende Beiträge in der Laufenden Rechnung, die das Gemeinwesen von Dritten erhält und die einer bestimmten Zweckbindung unterliegen. Im Gegensatz zu den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung ist hier das Gemeinwesen in der Verwendung dieser Mittel nicht frei.
Bruttoinlandprodukt (BIP)	Das BIP misst die gesamte Produktion zu aktuellen Marktpreisen, die während eines Jahres durch sämtliche im Inland ansässigen Unternehmen realisiert wurden.
Bruttoinvestitionen	vgl. Investitionsausgaben
Cash Flow	Die selbst erarbeiteten Mittel, die zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung stehen. Der Cash Flow zeigt die Selbstfinanzierungskraft einer Organisation und damit auch ihren Finanzierungsspielraum.
Eigene laufende Beiträge	Nichtrückzahlbare Leistungen aus eigenen Mitteln für Konsumzwecke, bei denen der Empfänger keine direkte Gegenleistung für den entrichteten Betrag erbringt. Dazu gehören namentlich Betriebs- und Defizitbeiträge, Subventionen sowie Sozialleistungen an private Haushalte.
Eigenkapital	Eigenkapital entsteht in der Regel durch Ertragsüberschüsse der Laufenden Rechnung. Es dient zur Verminderung oder Deckung künftiger Aufwandüberschüsse und als Reserve für künftige Verpflichtungen.
Einlagen in Spezialfinanzierungen	Vgl. auch Spezialfinanzierung. Aufwand für die Einlage in eine Spezialfinanzierung. Diese führt zu einer entsprechenden Gutschrift im Zweckvermögen (Fonds).
Entgelte	Erträge aus Leistungen und Lieferungen, die der Kanton für Dritte erbringt (z.B. Spitäler und Heimtaxen, Erlös aus Personentransport etc.), ferner Ersatzabgaben, Erträge aus Bussen, Rückerstattungen von Privaten.
Entschädigungen an Gemeinwesen	Entschädigungen an ein Gemeinwesen, das für ein anderes ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichem Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des eigenen Gemeinwesens ist. Die Entschädigung wird aufgrund der Kosten der Aufgabe bemessen.
Ertrag	Einnahmen der Laufenden Rechnung bezogen auf eine Rechnungsperiode, wie z.B. Steuereinnahmen, Vermögenserträge, Bundesbeiträge, Entgelte.
Finanzierungssaldo	Der Finanzierungssaldo ist der Saldo der Finanzierungsrechnung.

	Bei einem positiven Saldo sind die Nettoinvestitionen vollständig durch Abschreibungen und den Saldo der Laufenden Rechnung finanziert. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Nettoinvestitionen teilweise über zusätzliche Verschuldung finanziert werden müssen.
Finanzplan	Der Finanzplan ist ein mehrjähriges Planungsinstrument, welches die mutmassliche und unbeeinflusste Entwicklung des Aufwandes und Ertrags der Laufenden Rechnung und der geplanten Investitionsausgaben und -einnahmen aufzeigt. Er basiert auf Annahmen betreffend Teuerung und Wirtschaftswachstum und enthält die von den Direktionen gemeldeten Projekte, ohne dass die konkrete Finanzierung in allen Fällen bereits sichergestellt wäre. Der Finanzplan hat nicht den Charakter eines Businessplanes, welcher die vom Regierungsrat angestrebten finanziellen Zielgrössen abbildet. Der Finanzplan ist viel mehr eine "wenn-dann"-Planung, welche auf möglichst realitätsnahen Annahmen für die Zukunft ("wenn") basiert und die finanzielle Auswirkungen auf den Kantonshaushalt ("dann") abschätzt.
Finanzvermögen	Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der Erfüllung öffentlicher Verwaltungsaufgaben jederzeit veräussert werden können.
Fonds	Zweckvermögen, das aus Spezialfinanzierungen stammt. Einnahmen und Ausgaben von Fonds werden nicht über die Laufende Rechnung gebucht sondern werden direkt dem Fondskonto gutgeschrieben oder belastet. Die einzelnen Fondsrechnungen werden jeweils im Anhang zur Staatsrechnung aufgezeigt.
Globalbudget	Das Globalbudget der Spitalbetriebe ist ein Voranschlagskredit der Laufenden Rechnung. Dieser wird als Saldo zwischen Aufwand und Ertrag angegeben. Das Globalbudget basiert auf dem Leistungsauftrag und der Leistungsvereinbarung der Spitalbetriebe.
Interne Verrechnung	Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb der kantonalen Verwaltung.
Investitionen im weiteren Sinne	Investitionen im weiteren Sinne umfassen die Ausgaben in der Investitionsrechnung und die Beiträge an Investitionen Dritter (Laufende Rechnung).
Investitionsausgaben	Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten, welche den Betrag von 200'000 Franken überschreiten. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren z.L. der Laufenden Rechnung abgeschrieben (10% vom Restbuchwert).
Investitionseinnahmen	Als Investitionseinnahmen gelten alle Leistungen Dritter (z.B. vom Bund oder aus Spezialfinanzierungen) zur Finanzierung der Investitionsausgaben.
Investitionsrechnung	Die Investitionsrechnung ist eine separate Rechnung, die sämtliche Investitionsausgaben und -einnahmen für Anlagen im Verwaltungsvermögen enthält, die den Betrag von 200'000 Franken überschreiten.
Laufende Rechnung	Rechnung, die sämtliche Aufwands- und Ertragspositionen einander gegenüberstellt. Die Laufende Rechnung entspricht der Erfolgsrechnung in der Privatwirtschaft. Der Saldo der Laufenden Rechnung verändert das Eigenkapital oder den Bilanzfehlbetrag.
Nettoinvestitionen	Investitionsausgaben abzüglich der Investitionseinnahmen. Die Nettoinvestitionen werden in der Rechnung des nachfolgenden Jahres aktiviert und abgeschrieben.
Passivzinsen	Zinsen für die Inanspruchnahme fremder Mittel (Fremdkapital).
Personalaufwand	Löhne, Sozial- und andere Versicherungsbeiträge, Aufwand für

	Personalrekrutierung, Ausbildung, Naturalleistungen, Zulagen. Als Personalaufwand verbucht werden auch Renten, Ruhegehälter und Teuerungszulagen an Pensionierte.
Regalien und Konzessionen	Erträge aus Regalien und Monopolen, aus der Erteilung von Patenten sowie aus der Verleihung von Konzessionen.
Reporting	Das regelmässige und systematische Reporting ist ein zentrales Element des Controllings. Es dient der Berichterstattung und soll komplexe Zusammenhänge und Ergebnisse des Controlling übersichtlich und einfach darstellen. Das Reporting liefert Argumente für die Entscheidungsfindung, was dazu beiträgt, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Zudem soll es ermöglichen, Informationen über die Massnahmen im Hinblick auf die Berichterstattung bedürfnis- und zeitgerecht aufzuarbeiten.
Rückerstattung von öffentlichen Gemeinwesen	Rückerstattungen von einem Gemeinwesen, für welches das eigene Gemeinwesen ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des anderen Gemeinwesens ist. Die Rückerstattung wird aufgrund der Kosten der Aufgabe bemessen.
Rückstellungen	Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe meist noch nicht genau abschätzbare Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt auf einem Ereignis in der Vergangenheit.
Sachaufwand	Aufwand für die Beschaffung aller Konsumgüter (z.B. Büromaterial, Drucksachen, Unterhalt und Reparaturen für Anlagen aller Art, Verbrauchsmaterialien, Mieten, Versicherungen, Dienstleistungen u.a.), die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht.
Selbstfinanzierung	Summe aus dem Saldo der Laufenden Rechnung und den Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen. Die Selbstfinanzierung gibt an, bis zu welchem Betrag die Investitionen aus eigenen Mitteln finanziert werden. Die Selbstfinanzierung vergleichbar mit dem Begriff Cash Flow bei Privatunternehmen.
Selbstfinanzierungsgrad	Selbstfinanzierung in Prozent der Nettoinvestitionen (Saldo der Investitionsrechnung). Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt den Anteil an den Nettoinvestitionen, den der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren kann.
Spezialfinanzierungen	Eine Spezialfinanzierung ist die vollständige oder teilweise Zweckbindung von Einnahmen für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgaben. Die Bildung einer Spezialfinanzierung benötigt eine gesetzliche oder rechtlich gleichwertige Grundlage.
Vermögenserträge	Aktivzinsen und andere Erträge aus den Geld- und Kapitalanlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens, inkl. Ablieferung der Gewinne der unselbständigen eigenen Anstalten sowie Liegenschaftserträge des Finanz- und Verwaltungsvermögens.
Verwaltungsvermögen	Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar und dauernd der Erfüllung öffentlich-rechtlich festgelegter Verwaltungsaufgaben dienen.

A.3 Graphik Zusammenhänge zwischen Laufender Rechnung, Investitionsrechnung, Finanzierungsrechnung und Bilanz

